Einzelpreis 15 Pf. Halle, Donnerstag, den 13. November 1919. 30. Jahrgang • Nr. 267

Verlag u. Geschäftsstelle: Halle (Saale), Harz 42-44. Fernruf 1047. Geöffnet von 7½ Uhr früh bis 5 Uhr nachmittags. Postscheckkonto: Leipzig 16165.

Volksblatt

Schriftleitung: Halle (Saale), Harz 42-44. Fernruf 1045. Sprechzeit: Nur werktags von 12 bis 1 Uhr mittags.

Sozialdemokratisches Organ für Halle und den Bezirk Merseburg.

Bezugspreis: Frei Haus monatl. 1,75 Mk., vierteljährl. 5,25 Mk.; durch die Post bezogen monatl. 1,75 Mk., ohne Zustellungsgebühr.

Erscheint jeden Werktag nachmittags. Anzeigen bis morgens 9 Uhr erbeten, größere tags vorher.

Anzeigenpreis: 20 Pf. für den Millimeter Höhe u. Spalte; 60 Pf. für Reklame, anschließend an den dreigespaltenen Textseitenteil.

Die baltische[illegible] Verschwörer.

2000 deutsche Soldat[illegible]ch Kurland marschiert.

Der rechtssozialistische Part[illegible]etär Th. Wolff, Mitglied der Deutschen Nationalversammlung, hat, wie wir der Freiheit entnehmen, an den Reichspräsidenten Ebert folgenden Offenen Brief gerichtet:

Tilsit, 4. November 1919.

Ich erlaube mir ergebenst, den Herrn Reichspräsidenten von folgendem Sachverhalt in Kenntnis zu setzen:

In einer Sitzung des Reichstages erklärte der Herr Reichswehrminister, Genosse Noske, daß er auf jeden Soldaten schießen läßt, der die deutsche Grenze nach Rußland überschreitet.

Demgegenüber besteht die Tatsache, daß in Vororten von Tilsit am Donnerstag, den 30. Oktober, über 2000 Soldaten eintrafen, die nachts Tilsit passierten und nach Rußland zogen.

Nachdem in dem Kirchdorfe Groß-Friedrichsdorf, Kreis Niederung, die eingquartierten Truppen geraubt und geplündert hatten, setzten sie sich in Marschberichtschaft.

Vor ihrem Abmarsch erklärte ihnen der Kommandeur: „Kameraden! Wir verlassen jetzt den deutschen Boden und werden nach einigen Wochen in ein neues, reines Deutschland zurückkehren!" Nach Beendigung dieser Ansprache erschollen Hurrarufe, „Nieder mit der Noskegarde!" und „Deutschland, Deutschland über alles!"

Panzerautos und Flugfahrzeuge folgten dem Zuge. . . .

Was gedenkt der Herr Reichspräsident zu tun, um diese konterrevolutionären Landsknechte zu entwaffnen, die für Ostpreußen und das Reich eine große Gefahr bilden?

Dem Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands ist eine Abschrift dieses Schreibens zur Kenntnisnahme gesandt worden.

Mit Parteigruß! Th. Wolff, Parteisekretär, M. d. N.

Es handelt sich bei dem hier gemeldeten ungeheuerlichen Vorgang um den Grenzübergang des Detachements Roßbach in Culmsee bei Thorn. Bereits am 21. Oktober war die Oeffentlichkeit von dem Plan der meuternden Truppe in Kenntnis gesetzt. Die Regierung hatte nicht die Kraft, ihren Befehlen Geltung zu verschaffen und der militärischen Rebellion Herr zu werden. Das Detachement Roßbach konnte den weiten Weg von Culmsee bis Laukszargen ungehindert zu Fuß zurücklegen und ist nun glücklich in Rußland gelandet. Damit ist die völlige Machtlosigkeit der Regierung der baltischen Rebellen gegenüber einwandfrei festgestellt. Das sieht sogar das Blatt der Memeler Rechtssozialisten, die Volksstimme, ein. Sie bringt den offenen Brief an den Reichspräsidenten zum Abdruck und schreibt dazu sehr zutreffend:

„Heute weiß jeder Deutsche, daß wir uns mit den Baltikumtruppen eine Natter am Busen großgezogen haben, die zu gegebener Zeit ihr konterrevolutionäres Gift auch nach Deutschland hineintragen wird . . . Die unzweifelhaft bestehende Militärregierung setzt sich mit Hilfe der vorneuvemberlichen Geheimratswirtschaft besser durch, als die rechtmäßige Regierung — da liegt der Fehler.

Die Judenitsch-Armee auf der Flucht.

Helsingfors, 12. Nov. (T. U.) Von der russischen Front wird gemeldet: Der fluchtartige Rückzug der Nordwestarmee ist bisher noch nicht zum Stehen gekommen, da die Truppen des Generals Judenitsch sich in den vorbereiteten Aufnahmestellungen nicht zu halten vermochten. Die Roten Truppen drängen unaufhaltsam nach. Der letzte Heeresbericht der Nordwestarmee gibt zu, daß die Stellungen am Finnischen Meerbusen und am Peipus-See aufgegeben werden mußten. — Aus Reval wird gemeldet, daß mit einem bolschewistischen Vormarsch bis tief nach Estland hinein gerechnet wird, da die Nordarmee eine katastrophale Niederlage erlitten habe und den Bolschewisten keinen ernsthaften Widerstand mehr entgegensetzen vermag.

Helsingfors, 12. Nov. (W. T. B.) Zwischen der baltischen Küste und Jamburg greifen die Bolschewisten mit großer Heftigkeit an.

London, 12. Nov. Daily Expreß meldet aus Tokio: Ein direkt aus Omsk eingetroffener Bericht besagt, daß die Truppen Koltschaks während des Rückzugs ihre Offiziere ermordeten.

Die Friedensverhandlungen mit Räterußland.

Helsingfors, 12. Nov. (W. T. B.) Auf der Konferenz der Randstaaten nahmen Estland, Lettland und Litauen ein gemeinsames Programm über die Behandlung der Frage des Friedens mit Räterußland an. Offizielle Begrüßungen fanden zwischen den baltischen Staaten, Litauen, Polen, der Ukraine und Weißrußland statt. Der Beginn der Friedensverhandlungen mit Räterußland wurde auf den 15. November festgesetzt.

Blutige Straßenkämpfe in Irland.

Amsterdam, 12. Nov. (W. T. B.) Daily Chronicle meldet aus Cork (Irland), daß es dort zwischen Soldaten und Bürgern zu Straßenkämpfen gekommen ist, die drei Stunden dauerten und bei denen zahlreiche Personen verwundet wurden. Zehn Verwundete wurden in die Spitäler eingeliefert.

Centralia (im Staate Washington), 12. Nov. [illegible] einer gestern zur Erinnerung an den Abschluß des Waffenstillstandes abgehaltenen Parade feuerten Leute auf die Vorbeiziehenden. Vier frühere Soldaten wurden getötet, zwei tödlich und mehrere andere weniger schwer verwundet. Ein Mann, der angeblich auf den Zug gefeuert hatte, wurde gehängt, acht Verdächtige sind verhaftet worden.

Die Friedenskonferenz vor der Auflösung.

Paris, 12. Nov. (W. T. B.) Die amerikanische Friedensdelegation hat den Obersten Rat wissen lassen, daß es ihre Absicht ist, Frankreich in den ersten Dezembertagen zu verlassen. Die englische Delegation hat dieselbe Absicht kundgegeben. Man schließt daraus, daß die Arbeiten der Friedenskonferenz zu diesem Zeitpunkt abgeschlossen sein werden.

Für eine neue Internationale

hat sich der Zentralvorstand der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz ausgesprochen. Er ermächtigt die Geschäftsleitung, mit den sozialistischen Organisationen des Auslandes zur Schaffung einer internationalen, den praktischen Bedürfnissen entsprechenden Verbindung Fühlung zu nehmen.

Die Pariser Gewerkschaften für den Generalstreik.

Paris, 11. November. (Havas.) Der Hauptausschuß des Gewerkschaftsbundes des Seine-Departements hat mit 61 gegen 41 Stimmen der Annahme eines Antrages zugunsten eines politischen Generalstreiks als Protest gegen jede Intervention Frankreichs in Rußland zugestimmt.

Die Streiks in Frankreich

Versailles, 12. November. Der Streik der Angestellten des Bon Marché und der Galeries Lafayette ist noch nicht beendet. Etwa 5000 Angestellte des Warenhauses Louvre haben im Prinzip beschlossen, sich dem Streik anzuschließen. Auch aus Bordeaux wird gemeldet, daß etwa zwanzig Häuser der Modewarenbranche mit 2000 Angestellten wegen Streiks geschlossen sind.

Der Streik der Druckereiarbeiter in Paris soll nur der Anfang einer viel allgemeineren Bewegung sein. Die Anhänger der Arbeitersyndikate und besonders die Metallarbeiter in Bordeaux, die etwa 17 000 Mann zählen, beschlossen, die streikenden Handelsangestellten mit allen Mitteln zu unterstützen.

In Paris sind seit kurzem weite Straßenzüge durch die provinziale und durch die republikanische Garde abgesperrt, die niemand betreten darf. Der Grund dieser Maßregel sind „Ausschreitungen" der Streikenden in den verschiedenen großen Warenhäusern. Mit größter Besorgnis sieht man aber hier den Tagen der Wahl entgegen. Vorläufig ist noch gar nicht zu erkennen, ob sie überhaupt stattfinden können, da die städtischen Beamten streiken wollen, falls ihre Forderungen nicht bis zum 15. November erfüllt werden. Doch nimmt man an, daß die Regierung schließlich nachgibt, nur um die Wahlen zu ermöglichen.

Der Bergarbeiterstreik in Amerika.

Die gestrige Meldung, daß sich die amerikanischen Bergarbeiter zur Wiederaufnahme der Arbeit bereit erklärt hätten, scheint den Tatsachen erheblich vorauszueilt zu sein. Neuere Meldungen besagen, die Führer der Bergarbeiter hätten zwar beschlossen, den Streikbefehl zurückzuziehen, und der Arbeitsminister habe die Bergwerksbesitzer zu einer Beratung über etwaige Schlichtungsmöglichkeiten zusammenberufen, aber es erscheine doch sehr fraglich, ob die Bergarbeiter ihren Führern „gehorchen" und zur Arbeit zurückkehren werden. Nach Lage der Dinge werden wohl Tausende von Arbeitern sich weigern, die Arbeit wieder aufzunehmen. Selbst der Führer der Bergarbeiter, Lewis, erklärte, daß die Bergarbeiter wohl dem Befehl des Gerichtshofes folgen wollten, dies aber nur unter Protest täten.

Der Beschluß der amerikanischen Arbeiterföderation, die Bergarbeiter in ihrem Streik zu unterstützen, hat in Amerika große Aufregung ausgelöst. Der Senat hat sich mit dieser Angelegenheit sehr eingehend beschäftigt. Senator Mayers sprach sich entschieden dafür aus, daß der Kampf diesmal bis zum Ende durchgeführt werden müsse, damit endlich einmal entschieden werde, ob die Regierung oder die Arbeiterverbände in Amerika herrschen sollen.

•

In der Sitzung des internationalen Gewerkschaftskongresses erklärte der französische Arbeiterführer Jouhaux falls die Amerikaner die Hilfe von Arbeitern der anderen Länder nötig haben sollten, so wide ihnen diese Hilfe auch werden.

Verhandlungen. Indianapolis, 12. Nov. Die Abgeordneten der Bergarbeiter haben die Einladung des Arbeitsministers Wilson, mit den Arbeitgebern über eine Lohnerhöhung zu verhandeln, angenommen.

Dauerndes Verkehrselend.

Berlin, 12. Nov. Der Reichsverkehrsminister Dr. Bell erklärte, man werde auch nach dem 15. November die einschneidendsten Verkehrsbeschränkungen aufrechterhalten auf vorläufig noch nicht absehbare Zeit. Nur der allernotwendigste Personenverkehr werde freigegeben werden. Auch der Weihnachtsverkehr dürfte unter diesem Zeichen stehen.

Wie W. T. B. aus Mainz meldet, ist im besetzten Gebiet vom 12. November an die Einstellung des Personenverkehrs bis einschließlich 21. November, also zehn Tage lang, erfolgt. — Die Schnellzüge nach Paris und Straßburg bleiben bestehen, wahrscheinlich auch ein Schnellzugspaar auf der Strecke Köln—Ludwigshafen.

Die Sozialisierung.

Wie sie „marschiert".

Von Heinrich Ströbel.

Die deutsche Revolution war im Gegensatz zu 1848 eine rein proletarische Revolution und die Mehrheitssozialisten, die bis zum Zusammentritt der Nationalversammlung die Regierung führten, sprachen in ihren damaligen Kundgebungen denn auch immer von der „sozialistischen" Republik Deutschland. Nach der Bildung der bürgerlich-rechtssozialistischen Koalitionsregierung verschwand zwar mit anderen roten Draperien auch das schmückende Beiwort rasch aus dem amtlichen Sprachgebrauch; doch sendete man in kritischer Situation von Weimar aus die frohe Botschaft in die Welt, daß der „Sozialismus auf dem Marsche", ja daß er bereits „da" sei. Seitdem ist wieder mancher Monat verstrichen, aber von Sozialismus vermag einer selbst mit dem stärksten Perspektiv in Deutschland nichts zu entdecken. Die „Sozialisierung" des Bergbaues hat sich, wie ja auch von sachverständigen Rechtssozialisten, wie Otto Hué, längst nicht mehr bestritten wird, als völliges Fehlexperiment, als eine glatte Farce erwiesen, über die die Zechenbarone vergnüglich schmunzeln und die Arbeiter die Fäuste ballen. Die „Sozialisierung" der Elektrizitätsindustrie verspricht nicht besser auszufallen. Und selbst wenn sie's täte, spielte das gar keine Rolle gegenüber der Tatsache, daß in den Grundindustrien, wie der Kohlen- und Eisenerzeugung, das antisozialistische kapitalistische Interesse noch in schrankenlosester Herrschaft steht und von hier, als seiner stärksten, schwerst armierten Stellung aus, jeder Sozialisierungskampagne die Marschlinien verlegt. Und gegenüber der weiteren Tatsache, daß sich diese mächtigste, herrschsüchtigste und brutalste Form des deutschen Kapitalismus, das Kapital der Schwerindustrie in seiner auch durch den politischen Umsturz vom 9. November in nichts geschwächten Position von Monat zu Monat zu einer immer drohenderen Gefahr auch für die Demokratie und für die Republik auswächst.

So unglaublich es klingt: das Reichswirtschaftsministerium hat den Schwerindustriellen, die sich nach den Schätzungen Eingeweihter durch ihre schamlose Preispolitik und andere Mittel bei ihren Kriegslieferungen einen Wuchergewinn von mindestens drei Milliarden — das heißt von drei Milliarden über den normalen Gewinn hinaus! — zu sichern verstanden, abermals eine Milliarde Uebergewinn in den Schoß geworfen. Wie das zugegangen ist, setzt in der Berliner Wochenschrift der Unabhängigen, dem Sozialist, ein unter dem Pseudonym Industrius schreibender Sachverständiger höchst lehrreich auseinander. Um den Inhalt des beachtenswerten Artikels kurz wiederzugeben:

Das Reichswirtschaftsministerium hat die von der Schwerindustrie beschlossene Erhöhung der Eisen- und Stahlpreise, die sich im Durchschnitt auf 250 Mk. für die Tonne belief, genehmigt. Da die gegenwärtige Erzeugung an Walzwerkprodukten 750 000 Tonnen monatlich beträgt, ergibt das eine Preiserhöhung von monatlich 190 Millionen oder von jährlich 2000 Millionen Mark. In dieser Summe liegt aber, behauptet Industrius, ein Ueber- und Wuchergewinn von 1000 Millionen Mark. Denn, so weist er unter Anziehung der Steigerung der Koks- und Kohlenpreise, der Frachten, der Löhne und der inländischen Erze und Schmelzmaterialien nach, selbst unter Zugrundelegung der Verhältnisse ungünstiger arbeitender Werke kommt nur eine Selbstkostenerhöhung von etwa 120 Mk. für die Tonne heraus, gegenüber der Preiserhöhung um mehr als das Doppelte. Auch die Verschlechterung unserer Valuta rechtfertigt keineswegs die Preiserhöhung von 250 Mk. Sie verteuert allerdings erheblich den Bezug unentbehrlicher ausländischer Erze; da jedoch bei sinkender Valuta auch die Ausfuhr von Stahl und Eisen höhere Gewinne abwirft, werden dadurch die hohen Kosten der importierten Erze in hohem Grade, vielleicht sogar vollständig, wieder ausgeglichen. Die Verschlechterung der Valuta könnte deshalb für eine Preissteigerung nur in dem Maße geltend gemacht werden, als der Faktorenwert des Imports denjenigen des Exports übersteigt.

Trotzdem hat man die Preise um 250 Mk. für die Tonne erhöht, der Schwerindustrie eine Mehreinnahme von 2000 Millionen, einen Uebergewinn von rund einer Milliarde gesichert. Und was ist die wirtschaftliche Folge dieses Beschlusses? Daß den Eisenbahnen, die einen Eisen- und Stahlbedarf für Schienen, Lokomotiven, Wagenneubauten und Reparaturen von jährlich einer Million Tonnen haben, eine etatsmäßige Mehrausgabe von 200 Millionen erwächst. (Und unsere preußischen Eisenbahnen haben, notabene, doch ohnehin schon ein Jahresdefizit von etlichen Milliarden!) Aber auch der Bau der deutschen Ersatzschiffe für die Entente wird sich dadurch jährlich um mindestens 50 Millionen verteuern, und diese Schiffsbauten müssen doch unentgeltlich auf Kosten der deutschen Steuerzahler ausgeführt werden. Dann aber wird durch die übermäßige Verteuerung des Eisens und Stahls der ganze Wiederaufbau im Innern aufs schwerste betroffen. Die Preiserhöhungen bedeuten nach Industrius „wenn nicht den völligen Zusammenbruch, so zum mindesten eine wesentliche Erschwerung und Verzögerung unserer wirtschaftlichen Wiedergeburt". Daß die Börsenkurse für die in Frage kommenden Industriepapiere binnen zwei Monaten um 27 Prozent in die Höhe geschnellt sind und damit einen Kurs erreicht haben, wie er während der letzten fünf Friedensjahre niemals notiert wurde, ist keine Kompensation für die der Volksgesamtheit zugefügte ungeheure Schädigung, sondern bezeugt nur den enormen Profit, den das in der Schwerindustrie investierte Kapital bei der ungebührlichen Preiserhöhung einstreicht.

Die Tendenzen der sozialen Deputierung und der politischen Korruption, die, wie die jüngsten Erfahrungen mit der Schwerindustrie erst wieder beweisen, nun einmal unabänderlich im Charakter dieses Mammutkapitalismus liegen, lassen sich aber nicht

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219191113-14/fragment/page=0001

durch zahme und halbschlächtige Maßregeln, durch Wirtschaftsgemeinschaften, Betriebsräte und dergleichen unschädlich machen, sondern nur durch wirkliche Sozialisierung. Und die Formen der rationellsten Sozialisierungsarten werden sich sehr bald durch die Praxis ermitteln lassen, wenn nur erst einmal ein entschlossener Wille hinter dem Sozialisierungsprogramm steht.

Das U-Boot-Verbrechen

vor dem parlamentarischen Untersuchungsausschuß.

In der 10. Sitzung des Unterausschusses für die Friedensmöglichkeiten wurde der frühere Vizekanzler Dr. Helfferich vernommen.

Vors. Warmuth eröffnet die Sitzung um 10½ Uhr und fragt zunächst Herrn v. Bethmann Hollweg: Von wem und in welcher Richtung ist Euer Exzellenz über die Rückrufmöglichkeit des unbeschränkten U-Boot-Krieges orientiert worden?

v. Bethmann Hollweg: Schon vor dem 29. Januar hat Holtzendorff mir, Helfferich und Zimmermann wiederholt bestimmt erklärt, der U-Boot-Krieg könne jetzt nicht mehr eingeängt gemacht werden, da die U-Boote nicht mehr zurückgerufen werden könnten. Holtzendorff hat diese Erklärung am 29. Januar mir und Zimmermann kategorisch wiederholt, als wir mit Rücksicht auf das Telegramm Bernstorffs den Aufschub des U-Boot-Krieges forderten.

Auf wiederholten Hinweis des Protestors Bonn erklärt Graf Bernstorff: Wenn wir der amerikanischen Regierung gesagt hätten, daß ein amerikanischer Bürger verunglücken könnte, weil nicht alle U-Boote benachrichtigt werden könnten, so wäre trotzdem die Friedensverhandlung nicht gestört worden.

Nunmehr wird der frühere Vizekanzler Helfferich vernommen.

Dr. Helfferich: Die Frage des unbeschränkten U-Boot-Krieges war lediglich eine Frage der militärischen und politischen Kriegführung, des zweckmäßigen Handelns; von einem Vabanquespiel war keine Rede, jeder war sich der schweren Verantwortung voll bewußt und trat für das ein, was er vor Gott und seinem Gewissen als Rettung des Vaterlandes ansah. Die Reichsleitung war sich völlig darüber klar, was der Eintritt Amerikas in den Krieg für uns bedeuten würde. Wir sind stets jeder Schönfärberei entgegengetreten und haben auch gesagt, daß bei einem Nichtgelingen des rücksichtslosen U-Boot-Krieges wir auf Jahrhunderte verloren wären. Der Reichstag nahm solche Erklärungen mit Ungeduld auf. Redner bezieht sich auf eine Rede Dr. Spahns vom 7. Oktober 1916 im Reichstagsausschuß, worin dieser für die Zentrumspartei erklärte, daß für politische Entscheidungen der Reichskanzler dem Reichstag allein verantwortlich wäre, daß er sich aber bei seinen Entscheidungen über Kriegführung wesentlich auf die Entschließungen der Obersten Heeresleitung zu stützen habe. Falle diese Entscheidung zugunsten des rücksichtslosen U-Boot-Krieges aus, so dürfe der Reichskanzler des Einverständnisses des Reichstags sicher sein. Damit hatte die stärkste Reichstagsfraktion, die das Zünglein an der Wage bildete, die Entscheidung über den U-Boot-Krieg in die Hände der Obersten Heeresleitung gelegt. Wenn heute unter den Anklägern sich Leute befinden, die damals die Erklärung des Zentrums mit abgegeben haben, so würde ich ihn Privatleben diese Haltung als den Gipfelpunkt der Heuchelei bezeichnen.

Am 31. Oktober erstattete der Kanzler dem Kaiser Bericht über die Lage, worauf der Kaiser mit folgendem Brief antwortete: „Der Vorschlag, Frieden zu schließen, ist eine stille Tat, die notwendig ist um die Welt, auch die Neutralen, von dem auf ihnen lastenden Drucke zu befreien. Zu einer solchen Tat gehört ein Herrscher, der ein Gewissen hat, sich Gott verantwortlich fühlt und ein Herz für die Menschheit besitzt, der unbekümmert um Mißdeutungen seines Schrittes den Willen hat, die Welt von ihren Leiden zu befreien. Ich habe den Mut dazu, ich will es im Vertrauen vor Gott wagen." Ich frage: Gibt es jemand, der an der Ehrlichkeit der Absichten des Kaisers, Frieden zu schließen, zweifelt? Man mag die taktische Zweckmäßigkeit des Vorgehens bezweifeln und auch die Frage aufwerfen, ob es doch richtiger gewesen wäre, Wilson den Vortritt zu lassen. Wir wollten keine Wilsonsche Absicht durchkreuzen. Wir waren skeptisch Wilson gegenüber. Auch Herr v. Bethmann zweifelte allmählich an dem Ernst der Wilsonschen Absicht. Unser Friedensangebot wurde von der Entente mit schneidender Schärfe abgelehnt.

Schließlich setzte sich bei uns das Gefühl durch: Dank dem Gott, der uns vor diesem Friedensvermittler bewahrt hat. Wilson hat auch damals schon den Seeweg für Polen verlangt. Für mich niedergeschlagenes Deutschland waren diese Vorschläge unannehmbar. Die Anschauung des Botschafters Grafen Bernstorff läßt sich nur durch seine Abschnürung von der Heimat erklären.

Hierauf wird die Beratung abgebrochen. Am Donnerstag findet nur eine interne Sitzung statt. Freitag 10 Uhr wird Staatssekretär a. D. Helfferich seinen Vortrag fortsetzen.

Hindenburg reist nur noch im Salonwagen.

Der parlamentarische Untersuchungsausschuß wird heute, Donnerstag, den Feldmarschall Hindenburg vernehmen. Es wurde mitgeteilt, daß die Obertrgierung Herrn Hindenburg für seine Reise von Hannover nach Berlin einen Sonderzug zur Verfügung gestellt habe. Mehr Entgegenkommen konnte man in diesen Tagen des Verkehrsledens allerdings kaum verlangen. Der „sozialistischen" Regierung bereitete daher diese Veröffentlichung immerhin doch einiges Unbehagen. Sie ließ deshalb durch die Lakaien der V. P. N. eilig verkünden, daß Hindenburg „nur" im Salonwagen reisen werde. Im Gegensatz dazu meldet aber nun die deutschnationale Presse im Fettdruck und mit unverkennbarer Genugtuung und Freude:

Berlin, 12. November. Generalfeldmarschall v. Hindenburg traf heute vormittag 8 Uhr 57 Min. im Extrazug auf dem Bahnhof Zoologischer Garten ein. Auf dem Bahnhof wurde er mit Musik empfangen. General Ludendorff war mit anderen Herren anwesend.

Wie man sieht, weiß die Obertregierung sehr wohl, was sie einem „Schlachtenlenker" von den Verdiensten Hindenburgs schuldig ist. Dafür ist Deutschland jetzt aber auch — „sozialistische" Republik!

Gegen die Vergewaltigung der Presse.

Berlin, 12. Nov. (W.T.B.) Im Verein Berliner Presse wurde folgende Entschließung angenommen: „Die Preßfreiheit ist in den letzten Tagen und Wochen wiederholt durch verschiedene Verbote Berliner Zeitungen verletzt worden. Der Verein Berliner Presse legt gegen diese Vergewaltigung der freien Meinungsäußerung die schärfste Verwahrung ein und erklärt, daß so lange auf diese Kampfmittel nicht verzichtet werde, von einem vertrauensvollen Zusammenarbeiten zwischen Regierung und Presse nicht die Rede sein kann."

Es kennzeichnet die Willkür der Noskeregierung, daß jetzt bereits die Berufsvertretung der bürgerlichen Presse gegen die Vergewaltigung der Pressefreiheit entschieden Verwahrung einlegen muß.

Ein deutschnationaler Staatsanwalt.

Wie aus Detmold gemeldet wird, wurde dort der Erste Staatsanwalt am Landgericht zu Detmold, Crede, ein Führer der Deutschnationalen, zur Disposition gestellt, weil er einen wegen Totschlags angeklagten deutschnationalen Pfarrerssohn gegen die Anordnung der vorgesetzten Behörde außer Strafverfolgung gesetzt hatte.

Der junge Mann hatte in einer deutschnationalen Versammlung im Mai dieses Jahres einen sozialdemokratischen Arbeiter erschossen und einige andere Versammlungsbesucher verletzt. In einer Sitzung des Landtags hatte das Vorgehen des Staatsanwalt zu einer erregten Aussprache geführt. Das Landespräsidium sagte eine weitere strenge Verfolgung des Ersten Staatsanwalts zu.

Auch das herausfordernde Benehmen dieses merkwürdigen Staatsanwalts ist ein bemerkenswerter Beitrag zu dem Kapitel von der Frechheit der deutschnationalen Gegenrevolutionäre. Aber die Regierung hat es ja reichlich verdient, daß ihr die Reaktionäre in der Art dieses famosen Staatsanwalts auf der Nase herumtanzen.

Parteitag der Deutschen Demokratischen Partei.

Die Deutsche Demokratische Partei hält in der Zeit vom 13. bis 15. Dezember in Leipzig einen außerordentlichen Parteitag ab. Er wird sich außer mit der politischen Lage mit der demokratischen Wirtschaftspolitik sowie mit der demokratischen Kulturpolitik beschäftigen. Auch soll über das Programm, dessen Ausarbeitung in den Händen einer Kommission liegt, eine Beschlußfassung herbeigeführt werden. Ferner ist eine Tagung des Frauen-Arbeitsausschusses sowie eine solche des Reichsausschusses des Bundes deutsch-demokratischer Jugendvereine ins Auge gefaßt.

Die Mutterschaftsfürsorge.

Die neuen Bestimmungen.

Das Gesetz über Wochenhilfe und Wochenfürsorge, das am 1. Oktober in Kraft getreten ist, trägt die ganze Unzulänglichkeit der rechtssozialistisch-zentrümlichen Gesetzesmacherei auf sozialpolitischem Gebiete zur Schau. Die bei der Beratung in der Nationalversammlung eingebrachten Anträge unserer Fraktion, die eine Erhöhung der Unterstützungssätze und Ausdehnung der Unterstützungsdauer, sowie vor allem eine einigermaßen ausreichende Schwangerenfürsorge bezweckten, sind mit Unterstützung der Rechtssozialisten abgelehnt worden. Den wesentlichen Inhalt des Gesetzes bringen wir nachstehend zur Kenntnis unserer Leser und empfehlen ihnen die Bestimmungen aufzubewahren.

Die Neuordnung besteht in einer Aenderung der Reichsversicherungsordnung, die eine Anzahl Paragraphen neu eingegliedert bekommt. Im allgemeinen zerfallen die Vorschriften in die drei Abschnitte: Wochenhilfe, Familienhilfe und Wochenfürsorge. Daneben wird zwar für die Ehefrauen der ehemaligen Kriegsteilnehmer eine Fortführung der Kriegswochenhilfe bis zum Kriegsende und in Ausnahmefällen darüber hinaus noch vorgesehen, doch ist diese Einrichtung nicht nur recht untergeordnet, sondern auch recht unklar.

Die Wochenhilfe

besteht in einer Ausgestaltung der bisherigen Leistungen an die bei einer Krankenkasse selbstversicherten Wöchnerinnen. Die Voraussetzungen (halbjähriges Versichertsein innerhalb des letzten Jahres vor der Entbindung, sei es auch bei verschiedenen Krankenkassen) bleiben dieselben. Die Leistungen sind gegenüber denen der Kriegswochenhilfe etwas erweitert worden und bestehen in a) einem Beitrag zu den Entbindungskosten von 50 Mk. (statt bisher 25), b) einem Wochengeld in Höhe des Krankengeldes, jedoch von mindestens 1,50 Mk. täglich für zehn Wochen (zu je sieben Tagen), c) einer Beihilfe bis zu 25 Mk. für die Behandlung von Schwangerschaftsbeschwerden, d) einem Stillgeld in Höhe des halben Krankengeldes, jedoch mindestens 75 Pf. täglich, bis zur Dauer von 13 Wochen. Statt der baren Leistungen unter a) und c) können die Kassen freie Behandlung durch Arzt und Hebamme und die Arzneien gewähren. Die Kasse kann beschließen, das Stillgeld bis zu 26 Wochen zu verlängern.

Die Familienhilfe

besteht darin, daß die bisher schon den Krankenkassen freigestellte Wochenhilfe an die nichtversicherten Familienangehörigen der Versicherten obligatorisch gemacht und ausgestaltet wird. Dabei sind als Familienangehörige neben Ehefrauen und Töchtern auch Stief- und Pflegetochter von krankenversicherten Männern anzusehen, soweit sie mit diesen in häuslicher Gemeinschaft leben. Auch freiwillige Mitglieder haben diesen Anspruch für ihre Familienangehörigen. Die Leistungen sind im allgemeinen die gleichen wie bei den selbstversicherten Wöchnerinnen, doch ist hier der Betrag des Wochengeldes auf 1,50 Mk. und der des Stillgeldes auf 75 Pf. festgesetzt worden. Das Reich hat die Hälfte der Kosten dieser Familienhilfe zu ersetzen. In Fällen, in denen uneheliche Väter unterhaltspflichtig sind, haben Krankenkassen und Reich einen Ersatzanspruch an diese. Um die Lasten tragen zu können, haben die Krankenkassen das Recht, die Beiträge über das jetzige Maß erheblich zu erhöhen. Für diese Familienhilfe dürfen jedoch Zusatzbeiträge, die von den Versicherten allein zu tragen sind (§ 384 der Reichsversicherungsordnung), nicht erhoben werden.

Die Wochenfürsorge

kommt allen sonstigen minderbemittelten Wöchnerinnen, die nach Vorstehendem keinen Anspruch haben, also nichtversicherten Ehefrauen kleiner selbständiger Gewerbetreibenden usw., zugute. Diese gelten als minderbemittelt, wenn ihr und ihres Ehemannes Gesamteinkommen 2500 Mk., bei Unverheirateten 2000 Mk. zuzüglich 250 Mk. jährlich für jedes Kind unter 15 Jahren in beiden Fällen, nicht übersteigt. Das soll die Regel sein; es können aber Ausnahmen eintreten. Diese Fürsorge ist dieselbe, wie oben dargestellt, sie wird nur durch die zuständigen Allgemeinen Orts- und Landkrankenkassen gewährt. Diese erhalten ihre Aufwendungen vom Reiche zurückerstattet, nachdem dieselben bei den Versicherungsbeamten angemeldet worden sind. Das Wochengeld beträgt auch bei dieser Wochenfürsorge 1,50 Mk., das Stillgeld 75 Pf.

Zur Einführung der neuen Einrichtungen ist es nicht nötig, daß die Krankenkassen ihre Satzungen ändern. Die Vorschriften gelten ohne weiteres vom 1. Oktober an, auch wenn Satzungsvorschriften entgegenstehen sollten. Ueber Streitigkeiten zwischen empfangsberechtigten Wöchnerinnen und Krankenkassen entscheidet das Versicherungsamt, das für jeden Land- und Stadtkreis besteht. Gegen dessen Entscheidung kann das Oberversicherungsamt angerufen werden. Bei in allen Fällen der Wochenfürsorge endgültig entscheidet. Für die „Uebergangszeit" sind noch folgende Vorschriften von Bedeutung: Wöchnerinnen, die vor dem 1. Oktober 1919 entbunden worden sind, erhalten von diesem Tage an das Wochengeld und Stillgeld nach dem neuen Gesetz, jedoch abzüglich der zwischen dem Tage der Niederkunft und dem 1. Oktober 1919 liegenden Zeit. Steht der Wöchnerin für diese Zeit ein Anspruch auf Wochenhilfe nach anderen Vorschriften zu, so hat es bei diesen Vorschriften sein Bewenden. Ist am 1. Oktober 1919 die Bezugsdauer für das Wochengeld oder Stillgeld zwar nach jenen Vorschriften, nicht aber nach dem vorliegenden Gesetz abgelaufen, so sind der Wöchnerin diese Leistungen (und, wenn nötig, darüber hinaus) weiterzugewähren.

Kundgebung ehemaliger Kriegsgefangener.

Berlin, 12. November. (W.T.B.) In einer von der Reichsvereinigung ehemaliger Kriegsgefangenen gestern abend abgehaltenen Versammlung wurde folgende Entschließung einstimmig angenommen:

„Wir ehemaligen Kriegsgefangenen haben uns zur Wahrung unserer besonderen wirtschaftlichen Interessen zusammengeschlossen. Zusammen mit den Angehörigen, die sich im Volksbund und im Bund deutscher Frauen vereinigt haben, rufen wir aufs neue in die Heimat hinaus: Deutsche Heimat trete für die schmachtenden Brüder ein, denn sie leiden für alle. Die Zurückhaltung unserer deutschen Kriegsgefangenen ist ein Zurückfallen in die Zeiten der Sklaverei. Wenn auch besiegt, so wollen wir Deutsche doch für das höchste Gut des einzelnen, die Freiheit, eintreten, um das seit Jahrhunderten die Völker ringen. Auf hinaus in die ganze Welt: Freiheit für wehrlose Menschen! Heraus mit unseren Gefangenen!"

Außerdem wurde ein Aufruf an die Berliner Bevölkerung zur Massenbeteiligung an den 80 Versammlungen des nächsten Sonntags erlassen.

Zwang zur Einwohnerwehr.

Der Senat der Universität Tübingen hat sich einen dreisten Schwabenstreich geleistet. Wie W.T.B. ohne jeden Zusatz aus Stuttgart meldet, hat er beschlossen, der Studentenschaft mitzuteilen, daß er von jedem dienstfähigen Studenten den Beitritt zur Einwohnerwehr erwarte und deshalb für die künftige Meldung zum Staatsexamen die Angabe der Teilnahme an der Einwohnerwehr vorschreibe.

Auch dieser „Beschluß" des hochwohllöblichen Senats der Universität Tübingen ist ein anschaulicher Beweis dafür, daß die deutschen Universitäten noch immer ihren höchsten Ehrgeiz darin sehen, auch weiterhin für Hochburgen der Reaktion und Gegenrevolution zu gelten. Dieser reaktionäre Senat würde diesen unerhörten Uebergriff seiner Befugnisse wohl kaum gewagt haben, wenn er nicht überzeugt wäre, bei der württembergischen rechtssozialistischen Regierung volles Verständnis für seine „vaterländische Tat" zu finden.

Wirtschaftliche Uebersicht.

Die Verteuerung der Lebenshaltung im Auslande.

Die gewaltige Verteuerung der Lebenshaltung als Kriegsfolge ist nicht auf die besiegten mitteleuropäischen Staaten beschränkt geblieben. Sie ist vielmehr eine internationale Erscheinung und ein Beweis mehr für die innige weltwirtschaftliche Verknüpfung aller Kulturstaaten. Die gleichen Ursachen führten überall zu ihr. Im wesentlichen werden auch die Folgen überall dieselben sein und vor allem in einer Aufrüttelung der Bevölkerungskreise, gestehen, die am meisten betroffen werden, der Arbeiterklasse.

Nach einer zusammenfassenden Uebersicht im Septemberheft der Labour Gazette sind die Kleinhandelspreise von Mitte 1914 bis Mitte 1919 um Prozente gestiegen in: Schweden 219, Italien 181—204, Frankreich 161—193, Norwegen 171, Portugal 151, Schweiz 150, Großbritannien (September) 116, Dänemark 112, Niederlanden 110, Vereinigte Staaten von Nordamerika und Kanada 86, Spanien (März) 57, Indien 51, Neu-Seeland 49, Australien 47, Südafrika 36. Für Deutschland betrug die Steigerung bis Mitte dieses Jahres etwa 220 Prozent.

Am stärksten ist die Preiserhöhung also in den europäischen Industriestaaten. Dabei ist zu berücksichtigen, daß nicht nur in Deutschland, sondern auch in Frankreich und England die Preise gewisser Lebensmittel, vor allem von Brot, durch Staatszuschüsse verbilligt wurden. Die Preise für diese Gruppen sind also stärker gestiegen, als es in den Angaben der Statistik zum Ausdruck kommt.

Kohlenprofite und Kohlenförderung in England

Die englische Regierung hat eine Erhöhung der Kohlenpreise bewilligt, obwohl sie ursprünglich eine Verteuerung nicht wollte. Sie hatte recht, wie die Kohlengewinne im letzten Vierteljahr 1918 beweisen. Die Regierung muß selbst durch ihren Vertreter zugeben, daß der Reingewinn pro Tonne 3 Schilling 4 Pence betrug. In den letzten vier Kriegsjahren machten die Kohleninteressenten und die Regierung einen Profit von nicht weniger als 160 000 000 Pfund Sterling (3¼ Milliarden Mark). Für das Jahr 1919 sind noch keine Ziffern zu erhalten, obwohl sie sicher bereits für das erste Halbjahr feststehen. Man darf also annehmen, daß Kohlenbarone und Regierung auch in diesem Jahre nicht schlechter abschneiden. Sonst wären die Ziffern längst bekanntgegeben.

Interessant sind auch die Förderungszahlen. Bekanntlich wurde Mitte Juli die Arbeitszeit um eine Stunde verkürzt. Gegen diese Stunde war mit allen Argumenten gekämpft worden. Tatsächlich wurde auch in den ersten Wochen viel weniger als vorher gefördert. Das hing aber zum Teil mit dem Yorkshire Kohlenstreik und später mit dem Eisenbahnerstreik zusammen. Die Ziffer hat sich jetzt beträchlich gehoben. In der letzten Woche vor dem Einsetzen der verkürzten Arbeitszeit war die Förderung 4 796 148 Tonnen, in der Woche, die mit dem 18. Oktober abschloß, 4 727 465 Tonnen, also nur 68 000 Tonnen weniger. Man glaubt, bald wieder die alte Zahl erreicht werden wird.

Dabei muß im Auge behalten werden, daß die Erhöhung der Arbeitsleistung nicht auf einen großen Zustrom von Arbeitern zurückzuführen ist. Es sind tatsächlich nur ½ Prozent Arbeiter mehr eingestellt worden, eine Summe, die gar nicht in Betracht kommt.

Alles Gerede über den Zusammenbruch der englischen Kohlenförderung durch die Verkürzung der Arbeitszeit hat sich also als Unsinn erwiesen.

Preußische Landesversammlung.

79. Sitzung. Mittwoch, 12 Uhr 20 Min.

Die zweite Beratung des Berghaushalts wird fortgesetzt.

Abg. Martin (Dn.): Die Erregung der Arbeiter ist angesichts der Ernährungsverhältnisse begreiflich, besonders wenn sie ihr Leben mit dem des Schieberpöbels vergleichen.

Abg. Steger (Sz.): Die Kohlennot kann natürlich nur durch Steigerung der Förderung beseitigt werden; letzten Endes ist sie aber auch ein wesentliches Stück Transportfrage. Es ist unrichtig, die Transportverhältnisse günstiger zu beurteilen wegen der

Wirkung der Personensperre.

Der Redner tritt für die Beschaffung eines Reichsberggesetzes und Knappschaftsgesetzes ein.

Abg. Christange (U. S.): Die Unternehmer klagen über

Arbeitermangel.

Dennoch stellen sie Arbeitslose nicht ein. Im Erzbergbau lagen die Verhältnisse von jeher am schlimmsten, weil man die Arbeiter mit Gewalt an der Ausübung ihres Koalitionsrechts gehindert hat.

Handelsminister Fischbeck: Der Vorredner irrt, wenn er glaubt, daß dies der letzte Berghaushalt ist. Das Bergrecht ist zwar Reichssache geworden, keineswegs aber die Bergverwaltung oder das preußische Eigentum im Bergbau. Das Schürfrecht in Zukunft nicht mehr an Private zu verleihen, liegt nicht im allgemeinen Rutzen. Mit der Aufhebung der privaten Bergregale sind wir im Prinzip einverstanden. Dem Bildungswesen und den Aufstiegsmöglichkeiten des Bergarbeiters werden wir besondere Aufmerksamkeit zuwenden. In der

Bekämpfung der Berufskrankheiten

der Bergarbeiter hoffen wir, rasche Fortschritte zu machen. In der Frage der Kohlenversorgung habe ich nichts übertrieben, sondern nur die ungeschminkte Wahrheit gesagt.

Abg. Hue (Rechtssoz.): Ueber die Revolution wundere ich mich nicht, sondern nur darüber, daß es nicht noch viel schlimmer gekommen ist. Sie (zur Rechten) haben die Sozialdemokraten als die schwarzen Schafe, die Landesverräter, gebrandmarkt, und die Gelben gezüchtet. Gerade diese Ihre Gelben haben die wilde Sozialisierung machen wollen. (Große Unruhe rechts.) Unsere Leute haben sich dem widersetzt. Im scharfen Widerspruch stehe ich mit dem Minister in der Sozialisierungsfrage. Von wohlerworbenen Rechten zu sprechen, klingt sehr merkwürdig; denn in der Novelle von 1907 ist schon klipp und klar ausgesprochen, daß die sogenannte Berghauhoheit schon ganz kurz nach dem Bergregalgesetz 1865 aufgehoben worden ist durch die gewaltige Monopolisierung, die von wenigen leistungsfähigen und gemeinschädlichen Gesellschaften vorgenommen wurde. Wenn wir

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219191113-14/fragment/page=0002

die damaligen Expropriateure ohne Entschädigung expropriieren, so folgen wir nur Ihren Spuren. (Lebh. Beifall links.) Wir wehren uns entschieden gegen die vom Minister gewollte Entschädigung. Diesen Bevorrechteten, die auf Grund längst aufgehobener Standesvorrechte

Millionen und Abermillionen geschluckt

haben, können wir nicht einen Pfennig gewähren, die darauf hinzielenden Anträge lehnen wir ab. In diesem Hause herrscht noch

die Atmosphäre des Dreiklassenparlamentsts.

(Lebh. Sehr wahr! b. d. Rechtssoz. — Hört, hört! b. d. U. S.) Hier steht

eine geschlossene Mehrheit gegen die Sozialisierung.

Hätten Sie mehr Verständnis für die Seele des Volkes gehabt, dann wären wir nicht in der jetzigen unglücklichen Lage.

Abg. Rippel (Dn.) polemisiert gegen Hue. Die Revolution hat uns nur geschadet. Selbst Lenin und seine Trabanten erklären: wir kommen nicht vorwärts ohne die Privatinitiative.

Abg. Ludwig (U. S.): Treiben Sie es nur so weiter, dann wird die Einigkeit der Arbeiter am schnellsten wieder hergestellt sein.

Abg. Adolf Hoffmann (U. S.): Abg. Rippel weiß gar nicht, wie die Revolution entstanden ist. **Die Revolution hat zweifellos Opfer gekostet. Es ist aber doch nicht unsere Schuld, daß die von Offizieren aufgehetzten Mordbuben Liebknecht und Rosa Luxemburg niedergeschlagen haben.** Gegen die monarchistische Gegenrevolution wird

die ganze Arbeiterschaft wie ein Mann

zusammenstehen.

Damit schließt die Aussprache. Die Abstimmung über den Berghaushalt findet am Freitag statt.

Nächste Sitzung Donnerstag 12 Uhr: Kriegswohlfahrtsausgaben für Gemeinden, kleine Vorlagen, Haushalt des Staatsministeriums. Schluß 4½ Uhr.

Aus der Provinz.

Haaß-Berkow-Spiele im Regierungsbezirk Merseburg.

Nachdem schon im Juli dieses Jahres in Merseburg Totentanz und Paradiesspiel von der Haaß-Berkow'schen Truppe mit großem Erfolg aufgeführt wurde, ist es dem Bezirksausschuß für Jugendpflege gelungen, Haaß-Berkow für den Regierungsbezirk zu gewinnen. So wird diese Truppe in folgenden Städten ihre Spiele aufführen: in Halle vom 9. bis 15. November (durch Vermittlung des Jugendamtes), in Eckartsberga am 29. November, Torgau am 1. und 2. Dezember, Wittenberg am 3. und 4. Dezember, Bitterfeld am 5. und 6. Dezember, Delitzsch am 8. und 9. Dezember, Eilenburg am 10. und 11. Dezember, Eisleben am 12. und 13. Dezember, Sangerhausen am 15. und 16. Dezember, Freyburg (Unstrut) am 18. Dezember.

In Merseburg fand eine Haaß-Berkow-Woche statt, hier führten die Jenenser Künstler vom 5. bis 8. November ihre Spiele unter sehr reger Beteiligung der Einwohnerschaft auf. Die reizenden Märchenspiele „Die zertanzten Schuhe" und „Die kluge Bauerntochter" erfreuten und erbeuteten die Anwesenden, sowohl abends die Erwachsenen als auch Kinder und Jugend am Nachmittag. Auch die Aufführung von Faust I. Teil ging vor ausverkauftem Hause in Szene. So wie in Merseburg werden sich auch in alle den anderen Städten jung und alt an den Haaß-Berkowspielen mit ihrer schlichten, künstlerischen Darstellung erfreuen.

Druckschen, die Anleitung geben, wie Haaß-Berkow-Spiele in Schule, Jugendvereinigungen und Volksbildungsabenden vorbereitet und gewürdigt werden, sind vom Bezirksjugendpfleger Oberlehrer Hempzch in Merseburg zu beziehen.

Roßla. Aus der Partei. In der letzten Monatsversammlung des Vereins der U. S. P. standen nachstehende Punkte zur Beratung: Stellungnahme zum 9. November. Beschlossen wurde die Veranstaltung einer öffentlichen Versammlung, zu der ein Referent geladen werden sollte, im Anschluß Gedenkfeier des Jahrestages der Revolution. Beratung über Anschluß der Familienangehörigen der Krankenkassenmitglieder an die zuständige Krankenkasse. Der Vorschlag, eine diesbezügliche Eingabe an den Kreisausschuß zu machen, wurde einstimmig angenommen. Die Sammelliste Nr. 864 wurde ausgelegt zur Deckung der Unkosten für Prozesse der Partei; die Kellersammlung ergab 15.50 Mk. Im Verschiedenen wurde bemängelt, daß die Mitgliederversammlungen sehr schwach besucht werden und die Hoffnung ausgesprochen, daß bei dieser ernsten Zeit die Mitglieder doch wenigstens monatlich einmal recht zahlreich zusammenkommen.

Eilenburg. Ein besoldeter Stadtrat — Mitglied der U. S. P. Den hauptsächlichsten Punkt der Stadtverordnetensitzung vom 10. November bildete die Stadtratswahl. Der bisherige besoldete Stadtrat Dr. Michel ist als Bürgermeister nach Friedberg gewählt und die Stelle ist im Einverständnis aller Stadtverordneten neu zur Besetzung ausgeschrieben. Neben 51 Bewerbungen ist in den letzten Tagen ein Bewerbungsschreiben unseres Eilenburger Genossen Burkhardt eingegangen. Nachdem dies Schreiben eingegangen war, erfolgte ein Antrag der bürgerlichen Vertreter im Stadtparlament, aus Sparsamkeitsrücksichten die Stelle unbesetzt zu lassen. Es ist notwendig, die Sache etwas näher zu beleuchten. Diese Stadtratsstelle besteht seit 1882 und ist ständig wieder besetzt worden. Bis zur heutigen Zusammensetzung hatten die bürgerlichen Vertreter die Majorität. Es lag demnach in ihrer Hand, die Stelle einzuziehen. Infolge der neueren Verhältnisse sind andere Städte dazu übergegangen, neue Stadtratsstellen einzurichten, da die Gemeinden künftig vor neue und wichtige Aufgaben gestellt werden, z. B. Einnahmequellen zu schaffen durch Sozialisierung und dergleichen. Diesen Zeitpunkt erachten nun die bürgerlichen Vertreter als den geeignetsten, um den seit 1882 bestehenden Stadtratsposten einzuziehen. Daß man hier, ohne voreingenommen zu sein, annehmen muß, daß parteipolitische Motive bei diesem Antrag mitsprechen, dürfte verständlich sein. Diese Meinung hatte auch Genosse Raute in einer Sitzung der Finanzdeputation ausgesprochen. Darob fühlte sich Herr Stadtverordneter Laafer beleidigt und bellte dem Genossen Raute einen von Beleidigungen strotzenden, gemeinen Brief geschrieben, in dem unter anderem verlangt wurde, daß Genosse Raute in einer Erklärung feststellen sollte, seine Meinung träfe keineswegs zu. Genosse Raute geißelte scharf den Inhalt des Briefes und beleuchtete nochmals die Vorgänge. Den Herren war die Sache äußerst fatal, und mit Drehungen und Wendungen versuchte man, aus dieser Situation herauszukommen, aber die Verteidiger konnten nur noch für Milderungsgründe plädieren. Schließlich wurde der Wahl des Genossen Burkhardt mit 18 Stimmen gegen 9 Stimmenthaltungen zugestimmt. Damit zieht der Genosse als besoldetes Magistratsmitglied im Eilenburger Rathause ein; wir wünschen ihm ein erfolgreiches und für die gesamte Einwohnerschaft ersprießliches Wirken. Die Besoldungsregelung erfolgte einstimmig. Dann wurde die Aufnahme einer Sammelanleihe beschlossen, und zwar in Höhe von 750 000 Mk. Hierzu lag folgendes Anschreiben vor: „Den städtischen Körperschaften wird vorgeschlagen, eine Anleihe aufzunehmen in Höhe von 750 000 Mk., und zwar 300 000 Mk. für Kriegsnotzwecke, 300 000 Mark für Ueberteuerungszuschüsse und 150 000 Mk. für Stärkung des Grundstücksfonds." Die bisher bewilligten Kriegsnotanleihen sind jetzt mit 275 000 Mk. überschritten. Von der Regierung sind noch zu erstatten für die Monate Februar bis Oktober 1919 rund 60 000 Mk. Danach sind 213 000 Mk. ungedeckt. Zum Zwecke der Förderung des Kleinwohnungsbaues soll dem Magistrat ein Kredit bis zu einer Summe von 300 000 Mk. gewährt und ihm die Vollmacht erteilt werden, über diese Summe nach Zustimmung der Finanz- und Baudeputation zu verfügen. Der Grundstücksfonds beträgt 118 000 Mk. Er besteht zum Teil aus Wertpapieren, die bei dem jetzigen schlechten Kursstand nicht zu veräußern sind. Durch Bezahlung von ungefähr 137 000 Mk. für Erwerb des an der Sprottauer Landstraße gelegenen Oberpfarrgeländes von ungefähr 22 Hektar, ist eine Ueberschreitung um 19 000 Mk. erfolgt. Die Finanzdeputation empfiehlt, um für kleinere Ankäufe Mittel zur Verfügung zu haben, den Grundstücksfonds durch eine Anleihe von 150 000 Mk. wieder aufzufüllen. Von dem 310 322 Mk. betragenden Ueberschuß der Hauptverwaltung werden 800 000 Mk. als Betriebsfonds angelegt. Ueber die weiteren 10 000 Mk. wird später verfügt. An der Baugenossenschaft ist die Stadt mit 100 Anteilen zu je 300 Mk. beteiligt. Den Magistratsmitgliedern und den Stadtverordneten wird künftig der tatsächlich entgangene Arbeitsverdienst entschädigt. Eine Vorlage verlangt die Erhöhung des Schulgeldes beim Realgymnasium in der Oberstufe um 220 Mk., für Mittel- und Unterstufe um 200 Mk., für Ober- und Mittelstufe der Mittelschule um 92 Mk. und für die Unterstufe um 72 Mk. Auswärtige Schüler haben noch 15 Mk. mehr zu bezahlen. Es mußte leider hier zugestimmt werden, da sonst Gefahr bestand, daß die Beihilfen zu den Teuerungszulagen von der Regierung abgelehnt würden und damit der Allgemeinheit eine schwere Steuerlast aufgebürdet worden mußte. Die Abänderung des Beschlusses über die Ortszulagen und persönlichen Zulagen der Lehrpersonen wird nach den Regierungsvorschriften vorgenommen. Die Auszahlung der zweiten Vorschußrate an alle Lehrpersonen wurde beschlossen.

Allerlei.

Braunkohlenbrikett-Ersatz.

In der Süddeutschen Tabakzeitung vom 28. Oktober finden sich ein paar Zeilen, die noch einmal die Situation Deutschlands während des unglücklichen Krieges blitzschnell beleuchten. Sie lauten:

„Sic transit gloria!"

(„So vergeht der Ruhm der Welt!")

Wir erhalten von der Firma Lindemann & Co., Zigarren- und Tabakfabriken, Hamburg 8, Dovenfleth 19—21, folgende Zuschrift:

„Es ist für die Allgemeinheit vielleicht nicht uninteressant, zu erfahren, daß die ganz bedeutenden Bestände der Heeresverwaltung in Kriegstabaken (Buchenlaub) bei der Verwertung der Heeresgüter durch die Wirtschaftsgemeinschaft in den Besitz unserer Firma übergegangen sind, und zwar zum Preise von Mk. 3, geschieden drei Mark, pro Zentner, abgepackt in Paketen.

Diese Buchenlaubpakete werden in Anbetracht der gegenwärtigen Kohlennot von uns als Heizmaterial verwendet werden. Die fest gepreßten Pakete eignen sich sowohl ihrer Form als auch ihres Inhaltes nach ganz vorzüglich als Ersatz für Braunkohlenbriketts."

Dieser sogenannte „Kriegstabak", der der Heeresverwaltung für teures Geld verkauft wurde und nichts weiter war, als elendes Buchenlaub, das kein Mensch im Felde in die Pfeife zu stopfen wagte, jetzt wird es doch noch einmal in Brand gesetzt werden. Braunkohlenbriketts-Ersatz! — Wie sagte doch weiland Wilhelm II.? Herrlichen Zeiten werde Ich euch entgegenführen!

Großer Schinkensegen.

Eine Stadtverwaltung, die für ihre Einwohnerschaft stets gut gesorgt hat, ist die der Stadt Linden bei Hannover. Kürzlich hatte sie alle Familien von mehr als zwei Personen aufgefordert, an einer Verlosung von Schinken das Pfund zu 5 Mark teilzunehmen. Es meldeten sich 14000 Familien. Die Verlosung hat nun stattgefunden, und jetzt teilt die Stadtverwaltung mit, daß insgesamt 3997 Familien je nach ihrer Kopfzahl einen kleineren oder größeren Schinken erhalten werden. Die Schinken kommen in den nächsten Tagen zur Verteilung.

Der Heiratskoller.

Wer die vorstehende Nachricht von der glänzenden Versorgung der Vorstadt von Hannover gelesen hat, wird sich nicht wundern, daß die Verlobungen und Eheschließungen in Hannover seit etwa drei Monaten eine Höhe erreicht haben, wie sonst in etwa drei Jahren. Die Standesämter mußten die amtliche Handlung oft auf Wochen hinausschieben wegen Ueberhäufung der Anmeldungen. Ganz schlimm aber wurde die Sache, als plötzlich und unerwartet die Bahnsperre bekannt wurde. Alle Bräute und Bräutigams von außerhalb, deren Trautermin in die eilzügige Personenverkehrssperre fiel, eilten nach Hannover, und der Sturm auf die Standesämter begann. In langen Reihen standen die jungen Paare Schlange, alle wollten noch schnell getraut werden. Oft ging's vom Bahnhof im Auto zum Standesamt und vom Standesamt im Auto zum Bahnhof.

Suchet, so werdet ihr finden!

Aus Darmstadt berichtet die Frkf. Ztg.: Mit Unterstützung einer Kompagnie Reichswehrtruppen, die das Dorf umstellten, nahm der Kommunalverband in Groß-Zimmern eine Durchsuchung der Häuser nach Kartoffeln vor. Das Ergebnis der gewaltsamen Untersuchung waren je 2000 Zentner Brotgetreide und Kartoffeln. Den Landwirten, die sich der Untersuchung widersetzten, wurden die Vorräte beschlagnahmt und enteignet.

Eisenbahnunglück. Auf dem Bahnhof Neumühl-Rudsdorf bei Königsberg fuhr ein Güterzug auf eine Rangierabteilung auf. Hierbei wurden vier Personen getötet, eine schwer und 17 leicht verletzt.

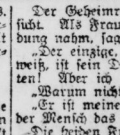
Schiffskatastrophe. Amsterdam, 12. November. Der holländische Dampfer „Zaan" ist auf einer Reise nach Reval in der Nordsee auf eine Mine gelaufen und gesunken, wobei 22 Personen ums Leben kamen.

Versammlungsbericht.

Zimmerer. Am 8. November tagte eine stark besuchte Mitgliederversammlung im Volkspark. Im ersten Punkt der Tagesordnung gab der Kassierer die Abrechnung vom dritten Quartal bekannt. Da keine Einwendungen dagegen erhoben wurden, erfolgte auf Antrag der Revisoren einstimmige Entlastung. Die Versammlung beschäftigte sich mit der Frage einer Teuerungszulage. Es soll auf schnellstem Wege beim Arbeitgeberverband eine Teuerungszulage von einer Mark pro Stunde und 25 Pf. pro Stunde als Entschädigung für Werkzeug eingereicht werden. Versammlungsbeschluß war, für die streikenden Berliner Metallarbeiter 5 Mark pro Mitglied zu zahlen. Es ist den Mitgliedern freigestellt, die 5 Mark im ganzen oder in Raten zu bezahlen. Die Marken hierfür sind beim Kameraden Bock, Triftstr. 27, in Empfang zu nehmen. Beschlossen wurde, die nochmalige Zahlung für das 3. Quartal an das Gewerkschaftssekretariat aus der Lokalkasse zu entnehmen. Einem Vorschlag des Vorstandes, pro Woche 10 Pf. Extrabeitrag zu erheben für das Rätesystem, wurde zugestimmt. Der Vorsitzende gab Bericht von der Baugenossenschaft. Ein Antrag, die Platzbetriebsvertrauensmannsversammlung zu entschädigen, wurde angenommen. Der Fachkursus findet jeden Sonntag, von 10—12 Uhr, im Gewerkschaftshaus statt. Die Versammlung beschloß, auch im Winter eine Stunde Mittagspause beizubehalten. Daß die Zimmerer bei der Firma Henze & Richter Tischlerarbeiten verrichten, trifft nicht zu. Es wurde darauf hingewiesen, daß kein Zimmerer Tischlerarbeiten zu verrichten hat, da die Tischler im Streik stehen. Zu Ehren des verstorbenen Genossen Haase erheben sich die Anwesenden von den Plätzen.

Verantwortlich für Politik und Parteinachrichten: Karl Bock; für Halle und Saalkreis: Gottlieb Kaspareit; für Aus der Provinz und Versammlungsberichte: Werner Scheinert; für Anzeigen: Hermann Schade; Verlag: Volksblatt G. m. b. H. Druck: Hallesche Buchdruckerei Gerhardt & Co. G. m. b. H., Kürnerstr. 10 Halle.

Neu eingerichtet: 5953



Dauerwäsche-Reparatur.

Reichhaltiges Lager in Dauerwäsche empfiehlt

C. Klappenbach, Gr. Ulrichstr. 41.

Ingenieur Horstmann.

Roman von Wilhelm Hegeler.

48] [Nachdr. verb.]

Später als gewöhnlich, gegen halb acht, trat Mewes mit seinem Kohlenheimer und einem Arm voll Holz bei Frau Regierungsrat ein, um Feuer zu machen. Die Alte, die nicht zu laut sprechen konnte, rief ihm „Pst! Pst!" worauf er an ihr Bett kam.

„Waren Sie gestern noch so spät aus?"

„I wo, ich nicht. Das müssen wohl richtige Einbrecher sein. Ich bin's nicht gewesen."

„Ich dachte, Sie hätten vielleicht einen Sack Hafer fortgetragen, oder ein paar Flaschen Wein."

„Noch nicht so viel!" erwiderte der Wärter wütend und griff nach einem Holzspahn, auf dessen letztes Endchen er mit dem Finger zeigte.

„Wo waren Sie denn noch so spät?"

„Ich?"

„Sagen Sie's doch ruhig! Ich möchte Ihnen überhaupt einen Vorschlag machen. Aber dann müssen Sie mir auch Vertrauen zeigen. Also Sie sind gestern abend spät durch den Garten hereingekommen."

„Ich hab nur noch ein Glas Bier trinken wollen, und weil die Haustür doch die Sicherheitsfette hat, bin ich durch den Garten gegangen. Wenn da was Schlimmes dabei sein soll!"

„Wer sagt denn das? Nur mein Schwiegersohn darf's nicht erfahren, sonst kämen Sie aus Ihrem Dienst."

Mewes schüttelte stumm den Kopf. Eine Weile schwiegen die beiden. Schließlich sagte Frau Regierungsrat gerade heraus:

„Mein armer Schwiegersohn ist geisteskrank, das wissen Sie selbst am besten. Wenn ich nicht dazwischen gekommen wäre, hätte er heut Nacht meine Tochter umgebracht. Den Revolver hatte er schon aus der Tasche gezogen."

Mewes grinste.

„Was so einer alles für Ideen im Kopfe hat, darauf kommt unsereiner gar nicht."

„Das sage ich auch! Und deshalb meine ich, er muß schleunigst wieder in eine Anstalt gebracht werden und recht lange drin bleiben, denn gesund wird er doch nicht mehr. Meine Tochter möchte nun gerne — wie die an ihrem unglücklichen Mann hängt, das kann ich Ihnen gar nicht sagen, lieber Mewes, — die möchte also einen Menschen bei ihm haben, auf den sie sich verlassen kann. Da haben wir gleich an Sie gedacht."

„Ja, ja" . . . brummte Mewes. „auf mich kann sie sich getrost verlassen. Das weiß auch der Herr Ingenieur. Ich bin nicht so, daß ich auf meinen Vorteil ausgehe."

„Aber wenn Sie Ihren Vorteil finden, schadets doch auch nichts. Meine Tochter sagt, Sie bekämen hier einen wahren Hungerlohn. Für die Zeit, wo Sie Herrn Horstmann in der Anstalt pflegen, sollen Sies Doppelte bekommen. Haben Sie das verstanden?"

„Daran ist doch nicht so viel zu verstehn."

Die Alte richtete sich auf und flüsterte:

„So lange mein Schwiegersohn im Haus ist, kriegen Sie nie einen größeren Lohn. Der ist ja geizig wie die Sünde. Wenn er aber fortkommt, will meine Tochter mit Ihnen einen Kontrakt auf drei Jahre machen. Sie bekommen vierhundert Taler im Jahr. Sind Sie damit einverstanden?"

Damit wäre wohl ein jeder einverstanden. . . . Aber was Schriftliches möchte ich doch auch haben."

„Bekommen Sie! Alles wird ordnungsmäßig abgemacht."

Sie hielt ihm ihre Hand hin, in die er einschlug. Nachdem er Feuer gemacht hatte, rief sie ihn nochmal zu sich:

„Wenn heut nachmittag der Herr Doktor kommt, dann wissen Sie doch, was sie zu tun haben!"

„Ja, ja! Ich weiß schon. Immer die Wahrheit, Frau Regierungsrat! Immer die Wahrheit!"

Durch Dienstbotenklatsch waren die Ereignisse der vergangenen Nacht im Nu in der Nachbarschaft verbreitet. Noch vor dem Mittagessen erfuhr der Geheimrat Zimmer bei einem Krankenbesuch, daß Horstmann einen Tobsuchtsanfall bekommen, Türen und Fenster eingeschlagen und seine Familie mit dem Revolver bedroht habe. Nach dem Mittagessen erfuhr er sogar, der Ingenieur habe seine Frau im bloßen Hemd auf die Straße werfen wollen.

Als er deshalb von Frau Regierungsrat einen Brief bekam, die ihn bat, unverzüglich zu ihr zu kommen, machte er sich gleich auf den Weg. Sie schilderte ihm Horstmanns Vorgehen auf seine schreckliche Weise. Das aufgesprengte Türschloß, die Holzsplitter, die Scherben einer Waschschüssel, die bei dem Gewirr zerbrochen war, waren die besten Beweisstücke für die Wahrheit ihrer Erzählung. Außerdem teilte sie dem Arzte noch einige Neuigkeiten mit, die sie selbst erst von ihrer Tochter erfahren hatte, nämlich, daß Horstmanns Vater trunksüchtig gewesen und im Zuchthaus gestorben sei, weil er einen Menschen umgebracht habe, und daß die Geisteskrankheit des Ingenieurs viel länger bestände, als irgend jemand ahnte, wie der Vorfall auf der Hochzeitsreise bewies.

Anna wurde gerufen, um diese Geschichte zu bezeugen. Sie war sehr blaß und wie es schien, noch gänzlich verwirrt von dem ausgestandenen Schreck. Nach langem Drängen bestätigte sie das, was ihre Mutter gesagt hatte, und holte auch die französische Zeitung herbei, die die Affäre mit dem Horeklellner enthielt.

Der Geheimrat machte beim Lesen ein immer ernsteres Gesicht. Als Frau Düsbach merkte, daß ihre Sache eine gute Wendung nahm, sagte sie:

„Der einzige, der wirklich mit meinem Schwiegersohn Bescheid weiß, ist sein Diener. Wenn Sie den zum Reden bringen könnten! Aber ich fürchte, der wird nichts sagen."

„Warum nicht?"

„Er ist meinem Schwiegersohn absolut ergeben. Außerdem ist der Mensch das Mißtrauen und die Verschwiegenheit selbst."

Die beiden Frauen gingen hinaus, und Mewes wurde gerufen. Er warf dem Geheimrat mißtrauische Blicke zu und war verstockt wie ein Riegenbock.

Von dem, was in der Nacht passiert war, behauptete er nichts zu wissen. Er habe fest geschlafen und sei erst dann gekommen, als schon alles vorüber war. Die Fußspuren führten nach seiner Meinung von einem Diebe her.

Aber der Geheimrat kümmerte sich wenig um die Fußspuren, er wollte wissen, was es mit Horstmann für eine Bewandtnis habe. Auf diese Frage antwortete Mewes: Der Ingenieur sei ein guter Herr, der noch nie einem Menschen etwas zu Leide getan habe.

„Hören Sie mal, mein Lieber, Sie waren ja selbst Anstaltswärter und wissen, daß Geisteskranke unter Umständen höchst gefährlich sind. Ich verlange gar nicht, daß Sie etwas Ungünstiges über Ihren Herrn aussagen. Ich appelliere einfach an Ihren gesunden Menschenverstand. Halten Sie Herrn Horstmann für krank oder nicht?"

„Wenn der Herr Ingenieur erfährt, was ich gesagt habe, denkt er, daß ich ihn verraten habe."

„Was Sie mir sagen, bleibt unter uns."

Nun wurde der alte Wärter gesprächig und erzählte seltsame Dinge, indem er Richtiges und Falsches durcheinander mengte. Horstmann habe ihm gesagt: er sei in Düsseldorf nicht mehr sicher, es gäbe Leute, die ihm nach dem Leben trachteten. Bei seinen Spaziergängen im Hofgarten sehe er oft Menschen hinter den Gebüschen lauern. Sein schlimmster Feind sei seine Schwiegermutter. Die habe alle Leute gegen ihn auf. Auch der Geheimrat konspiriere gegen ihn, nachdem er früher sein guter Freund gewesen sei. Uebrigens bilde er sich auch ein, verschiedene Menschen umgebracht zu haben. Die Leichen habe er in den Rhein geworfen. Dort schwämmen sie noch. Manchmal kämen sie nachts in sein Zimmer.

Der Arzt entließ den Wärter. Was er gehört hatte, war wenig Hoffnung. Offenbar war Horstmann wieder geisteskrank. Aber was sollte er mit ihm anfangen? Vor allem beschloß er, mit dem Kranken selbst zu sprechen.

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219191113-14/fragment/page=0003

Walhalla-Operetten-Theater. 5958
Heute, ½8 Uhr: Die **Faschingsfee.**
Sonntag nachm. ½4 Uhr als Fremdenvorstellung: **Schwarzwaldmädel.**
Originalbesetzung. Kleine Preise. Erwachsene 1—4 Mk., Kinder die Hälfte. Kasse 10-1½ u. 4-6 Uhr.

Stadttheater.
Freitag, d. 14. November, Anfg. 7½, Ende 10¼ Uhr. **Carmen.** 5955
Sonnabend: **Zar und Zimmermann.**

Thalia-Theater.
Gastspiel des Stadttheater-Personals: Sonntag, d. 16. November, abends 7½ Uhr: 5913 **Der Raub d. Sabinerinnen.**

Zoo.
Heute Donnerstag abends 8 Uhr: **II. Gesellschafts-:: Konzert. ::**
Solist: *3635 Konzertmeister Max Knoch (Violine).
Eintrittspreis f. Nichtabonnenten 1 Mk.

Bandonium zu verkaufen. **Radewell,** Elisterstr. 7. bei Gittel. *3621

Petersdorf.
Sonnabend, d. 15. Nov., abends 6 Uhr, und Sonntag, d. 16. Nov., nachmittags 3 Uhr: **Gr. Kirmes-Ball.**
Freundl. lad. ein L. Schultze

Amtliche Bekanntmachungen.

Halle.

Fleischverkauf.

Die Verbrauchsmenge an Fleisch wird in dieser Woche auf 150 Gramm (Kinder unter 6 Jahren die Hälfte) festgesetzt. Es wird je zur Hälfte frisches und ausländisches Kindergefrierfleisch ausgegeben. Der Verkauf erfolgt Sonnabend, den 15. November, durch die Fleischer, bei denen die Haushalte zur Kundenliste angemeldet sind, gegen Abtrennung der Fleischmarken für die Woche vom 10.—16. November. Der Durchschnittsverkaufspreis beträgt für 150 Gramm, 1.20 Mk.

Der Verkauf von Nudeln beginnt am Freitag, den 14. November. Es kann für jede Person eines Haushaltes ½ Pfund abgegeben werden. Es kommen bis auf weiteres nur billigere Teigwaren zum Preise von 60 Pf. für das Pfund zum Verkauf. Die Käufer sind verpflichtet, bei denjenigen Verkäufern die Nudeln einzukaufen, bei welchen sie für den Bezug von Kolonialwaren in die Kundenlisten eingetragen sind. Der Verkauf erfolgt unter Abtrennung der Marke 428 des Warenbezugsscheines 28.

Städtischer Verkauf von Rosspelsfett

in der Talamtschule am Freitag, den 14. November. Zugelassen zum Einkauf werden die Inhaber der Lebensmittelscheine mit den Nummern 22501 bis 23700 vormittags von 8—12 Uhr und die Inhaber der Nummern 23701—25000 nachmittags von 3 bis 6 Uhr. Für jede Person eines Haushaltes können 50 Gramm Rosspelsfett zum Preise von 55 Pf. abgegeben werden. Gefäße sind mitzubringen. Der alte Lebensmittelschein ist vorzulegen.

Süßstoffverkauf.

Für jede Person eines Haushaltes kann im November ein Briefchen Süßstoff (sogenannte H-Packung) zum Preise von 50 Pf. nach Maßgabe der aufgedruckten Bestimmungen in den Drogengeschäften oder in den Apotheken käuflich erworben werden. Bei dem Verkauf hat der Verkäufer in der Rubrik Süßstoff, Spalte 2, des vom Käufer vorzulegenden neuen Lebensmittelscheines den Kauf durch Eintragung des Datums mit Tinte oder angefeuchtetem Tintenstift anzumerken. Weiterhin ist die Marke 435 des Warenbezugsscheines 26 für je ein Briefchen Süßstoff abzutrennen. Die Abtrennung des Warenbezugsscheinabschnittes und vor allem auch die Eintragung in den Lebensmittelschein sind unerläßlich und haben in jedem Falle zu erfolgen.

Der Verkauf von Zigaretten an heimgekehrte Kriegsgefangene

findet vom Sonnabend, den 15. November 1919 an, in folgenden Geschäften statt: Franz Pennemann, Gr. Ulrichstr. 9, Steinbrecher & Jaiper, Marktplatz 1, Max Schulz, Gr. Steinstr. 1/2. Die Bezugskarten werden in der Lebensmittelkartenstelle für Urlauber (Studentenhilfsamt — Loden) während der Dienststunden von 8—3 Uhr, gegen Vorzeigung des Entlassungs- und Ueberweisungsscheines ausgegeben. Die Abgabe der Zigaretten erfolgt auf die Abschnitte 1 und 2 der ausgegebenen Bezugskarten. Auf jeden Abschnitt werden 50 Zigaretten abgegeben. Die Einlösung der Abschnitte 1 und 2 kann zu gleicher Zeit erfolgen. Der Verkaufspreis beträgt 12 Pf. für die Zigarette.

Eilenburg.

Petroleumverteilung.

Die Petroleumkarteninhaber können das Petroleum für November bei den Geschäftsleuten von Donnerstag an abholen, bei denen sie zur Kundenliste eingetragen sind. Auf die blauen Karten werden 1 Liter, auf die weißen Karten ½ Liter verausgabt. Der Preis beträgt für 1 Liter 2.20 Mark.

Eilenburg, den 10. November 1919.
*3625 Der Magistrat.

Bitterfeld.

Hausschlachtungen.

Zwecks Vermeidung unnötiger Nachfragen geben wir hiermit bekannt, daß Anträge auf Erteilung der Erlaubnis zur Vornahme einer Hausschlachtung mindestens 10 Tage vor der beabsichtigten Schlachtung im Rathause — Zimmer 3 — zu stellen sind. Schlachtantragsformulare können ebendaselbst abgefordert werden. Die Schlachtung darf nur erst nach dem Eintreffen der Schlachterlaubniskarte, deren Zusendung durch die Post geschieht, erfolgen. Bei Nachschlachtungen ist bei der Abgabe des Schlachtantrages hierselbst eine Bescheinigung des Tierarztes, daß die Schlachtung sofort erfolgen muß, vorzulegen.

Bitterfeld, den 7. November 1919.
*3630 Der Magistrat.

Mahlkarten für Lesegetreide.

Die z. Zt. beantragten Mahlkarten für Lesegetreide können sofort im Rathause — Zimmer 3 — gegen Vorzeigung des Brotscheines abgefordert werden.

Bitterfeld, den 8. November 1919.
*3630 Der Magistrat.

Auf Abschnitt 6 der Einfuhrzulagkarte gelangt ½ Pfund Gerstenmehl zum Preise von 15 Pf. zur Ausgabe. Der fragliche Abschnitt verliert am Sonnabend, den 15. d. Mts. seine Gültigkeit.

Bitterfeld, den 11. November 1919.
*3630 Der Magistrat.

Warme Winter-Mäntel
besonders preiswert.

Winter-Mäntel mit Gürtel u. Taschen aus flauschartigen Stoffen **68.00**
Winter-Mäntel dicke Stoffe in braun, grün, weinrot **89.00**
Winter-Mäntel fesche Form offen und geschlossen zu tragen **115.00**
Winter-Mäntel extra lang mit flotter Knopfgarnierung . . **128.00**
Winter-Mäntel Raglan-Aermel besonders elegant gearbeitet . . **225.00**

Reinwollene Flausch-Ulster
und
Flausch-Mäntel
vornehme Formen in jeder Preislage

Samt-Jacken Samt-Mäntel | Astrachan-Mäntel Krimmer-Mäntel

M. Schneider Halle, Leipziger Straße 94.
Inh.: Joh. Hagenow. 5659

Volkspark, Burgstrasse 27.
Morgen, Freitag, abends 6 Uhr: **Gr. öffentl. Ball.**
5952 Die Geschäftsleitung.

3 Könige, Varieté, Kl. Klausstr. 7.
Riesen-Erfolg erzielt jeden Abend das auserwählte, erstklassige Programm!
Die wilde Toni! Der große Pressenschlager. 30 Minuten Lachstürme!

?

Sind Sie schon im neurenovierten
Orpheum-Lichtspiel-Theater
12 Steinweg 12
gewesen?

5943 Ab morgen:
Rote Rache!
Wild-West-Sensation.

Warnung! *3624
Ich warne hiermit jedermann, meiner Frau, **Berta Nette,** geb. Sangerhausen, wohnhaft in Volkstedt bei Eisleben, irgend etwas auf meinen Namen zu borgen, da ich für nichts aufkomme. Benannte hat mein Heim seit Juni 1917 böswillig verlassen und jetzt Wahrscheinlich versucht, etwas auf meinen Namen zu erlangen.
Thilo Nette, Hilfs-Monteur.
Zurzeit Dessau (Anhalt).

Bekanntmachung.

Der des Mordes an dem Former **Karl Meseberg** dringend verdächtige Student der Medizin **Felix Huberti** in Halle a. d. S., gegen den bereits unter dem 3. Mai 1919 der Steckbrief erlassen worden ist, hat bisher nicht ermittelt werden können. Seine Festnahme erscheint zur völligen Aufklärung des Falles notwendig und ist insbesondere zur Ueberführung etwaiger Mittäter von ausschlaggebendster Bedeutung.

Huberti ist am 24. September 1897 zu Leipzig geboren, etwa 1.70 bis 1.75 Meter groß, von schlanker Figur, ist bartlos und trägt mittelblondes gescheiteltes Haar. Es ist anzunehmen, daß Huberti sein Aeußeres öfters verändert.

Der Herr Regierungspräsident zu Merseburg hat eine Belohnung von 3000 Mark für die Ermittelung des oder der an der Ermordung Mesebergs beteiligten Personen ausgesetzt. Die Verteilung des Betrages erfolgt durch den Herrn Regierungspräsidenten unter Ausschluß des Rechtsweges.

Behörden und Privatpersonen werden deshalb erneut gesucht, möglichst energisch auf Huberti zu fahnden und alle zu seiner Ermittelung oder zur weiteren Aufklärung der Sache geeigneten Nachrichten der Staatsanwaltschaft, der Kriminalpolizei zu Halle oder dem unterzeichneten Untersuchungsrichter zu den Akten 5 a. J. 162/19 sofort mitzuteilen. 5945

Halle a. d. S., den 8. November 1919.
Der Untersuchungsrichter beim Landgericht.

An die Landarbeiter!
Unser Verbandsbureau befindet sich jetzt im
Gewerkschaftshaus, Harz 42-44
Zimmer 27, 2 Treppen. Telephon 5607.
Sprechstunden und Auskunftserteilung vorm. von 9—1 Uhr.
In dieser Zeit werden auch Telephongespräche angenommen, da nachmittags und abends meistens außerhalb.
5944 **Hesselbarth.**

Achtung, Eltern und Vormünder!
Im Interesse eurer Kinder und Pfleglinge liegt es, wenn diese das **Bäckerhandwerk** erlernen wollen, sich zunächst an die Geschäftsstelle des Bäckerverbandes, Harz 42-44, Zimmer 8, 3 Treppen, zu wenden.
Verband der Bäcker und Konditoren.
5950 J. V.: **H. Viele.**

*3502
Heilquellen des Bades Neu-Ragoczy.
Aerztlich empfohlen.
Ella-Quelle :: Carolus-Quelle Augustus-Quelle.
Die für die betreffenden Erkrankungen in Frage kommenden Brunnen sind an den Flaschenetiketten angegeben.
Anna-Brunnen, erstklassiges Tafelwasser von außerordentlich erfrischender Wirkung :: ::
Brunnen-Verwaltung **Bad Neu-Ragoczy** bei Halle.
Telephon: Amt Salzmünde Nr. 28 (und Halle Nr. 6725).
Niederlagen in Halle: **G. Förste,** Streiberstr. 15. Telephon Nr. 9611. **Dom-Drogerie,** Mansfelder Straße 1. Telephon 1987.
Vertreter für: **Wettin** und Umgegend: **Krüger,** Schloßdrogerie.

Saalschloßbrauerei.
Haass-Berkow-Spiele
verlängert bis einschließlich Sonnabend, den 15. November.
Freitag: Totentanz und Paradiesspiel
für die dem Ortsausschuß für Jugendpflege angeschlossenen Vereine.
Sonnabend: Totentanz u. Paradiesspiel.
Karten bei *3631
Reinhold Koch, Alte Promenade 1a.
Städtisches Jugendamt.

Zahn-Atelier Frau v. Schulz
Sprechstunde v. 9-6 Uhr abds. **Steinweg 2.** 4698
im Hause d. Kgl. Standesamtes.

Kopfkissen m. Brust verwendet reichlich **Lanolin** 3 Mal doch gerühmt
Steifer 1.50 Mark an Kassenrichtend, in Apotheken u. Drogerien zu haben. Wo nicht erhältlich, schreibe man an Neuapharm. Hannover 46.

Leisten, große Auswahl, mod. Formen.
Paul Andersch, Magdeburgerstr. 8.

Lernt 5917 **Maschinenschreiben** Friedrichstr. 52, I r. chts.

Gut erhaltener **Ueberzieher** billig zu verkaufen. 5942 Liebenauerstr. 158, Hof I.

Apollo-Theater.
Tägl. abends 7½ Uhr: **Die tanzende Marke.** 5
Operette v. R. Benatzky. Lit.: L. Tirsch u. G. Oktav.: M. Willens u. G. Vorverk. ist eröffnet!

Günstiges Angebot
in Herren-, Damen- u. Kinder-Schnürstiefeln.
Für Konfirmanden pass. Kaufgelegenheit, alles in sehr guter Verarbeitung. Verk. weit unter Tagespr.
Frosch, Halle a. d. S., Glauchaerstr. 28, 0. 2 Tr.
Daselbst 2 Paar neue Bettvorleger, sehr gut passend als Weihnachtsgeschenk, billig zu verkaufen. 5941

5758

Preisliste gratis
C. KLAPPENBACH
Fachgeschäft u. Versand Haus für sanitäre Artikel
Halle a/S. Gr. Ulrichstr. 41
Fernr. 6545.

Felle,
a. Sort. Roßhaar, Wolle, Häute kauft zu höchsten Preisen
A. Weise, 5955
Pelz- u. Fellhandlung. Kaninchenstr. 1. Tel. 1667.
Händler erh. hohe Preise.

Messing- u. Nickel-, Karbidlampen 5957
erstklass. Fabrik, eingetr.
Otto Seika, Martinstr. 5.

Automat. Tränken
für Geflügel in verschiedenen Größen u. Ausführung, vorrätig.
Elverge, G. m. b. H., Gr. Märkerstr. 5. 5 40

Karbid-Lampenbrenner und Reiniger. 5956
Karbid in allen Mengen.
Karl Hechler, Gr. Brunnenstr. 72.

Frauenleiden verhütet *3620
Alvitol.
Zu haben in allen Apotheken und Drogerien. Probe u. Prospekte d. **Max Huhn,** G. m. b. H., Chemische Fabrik, **Berlin SW. 68,** Alte Jakobstrasse 1c.

Ansichts-Postkarten empf. die **Volksrechtsdruckerei.**

Arbeitsmarkt

Lohngeschirre
zum Kohlenfahren
für die Stadt werden für
dauernd gesucht
vom *3633
Hallischen Kohlen- und Brikett-Kontor m. b. H.,
Schmiedestraße.

Im Einwohner-Meldeamt mit Lebensmittelkarten-Ausgabe (Industrieort von 5000 Einwohnern) ist die Stelle eines
Bureau-Assistenten
mit einem Militär-Anwärter zu besetzen.
Dienstantritt: baldigst, spätestens 1. 1. 1920.
Reflektiert wird wegen der Wohnungsnot auf einen möglichst ledigen Beamten, der praktische Erfahrung besitzt und zurzeit stellungslos ist.
Probedienstzeit: 6 Monate, nach deren befriedigendem Ablauf Anstellung mit Pensionsberechtigung.
Geeignete Bewerber belieben Gesuche mit Lichtbild, Lebenslauf, Zeugnisabschriften, beglaubigter Abschrift des Anstellungsscheins, Angabe der Gehaltsansprüche und mit der Aufschrift „Bewerbung" versehen, baldigst hier einzureichen.
Greppin, den 12. November 1919.
*3629 Der Gemeinde-Vorsteher. ges. Fahrner.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219191113-14/fragment/page=0004

Die Ablehnung des Etats.

Von E. Bogthern.

In ihrer letzten Sitzung vor der Vertagung hat die Nationalversammlung die Etatsberatung mit der Schlußabstimmung beendet. Hierbei haben unsere Genossen, und mit ihnen, natürlich aus anderen Gründen, auch die Deutschnationalen und die Deutsche Volkspartei, den Gesamtetat abgelehnt. In der demokratischen und einem Teil der rechtssozialistischen Presse wurde darüber ein großes Hallo angestimmt. Man hört die alten Moralpredigten, die sich früher schon über die Sozialdemokraten ergossen haben, als es für diese insgesamt noch eine Selbstverständlichkeit war, den Etat abzulehnen, d. h. der bürgerlichen Regierung keine Gesamtvollmachten zu geben, deren Einzelheiten sich meist aggressiv gegen die Arbeiterklasse richteten. Die aus den Reihen der Gewerkschaftsführer verstärkten Einflüsse der „Revisionisten" suchten schon damals die oppositionellen Kampfmittel der Partei in ihrer Weise zu entkräften und auch die Etatsablehnung als zwecklos, widersinnig und unberechtigt hinzustellen. Wie gegenüber der gesamten Kriegs- und Militärpolitik, der Steuer- und Kolonialpolitik und erst recht dem Klassenkampf, verließen die einst „revisionistischen" Führer auch bei der Etatsabstimmung die jahrzehntelang geübte Taktik und die sie bestimmenden Grundsätze.

Die Gründe, die früher der Gesamtpartei für die Etatsablehnung dienten, sind in den Reden unserer Genossen immer wieder hervorgehoben worden. Sie bezogen sich dabei nicht nur auf die jeweilige Tagespolitik unserer Gegner und deren Regierungen, sondern es kehrten immer auch die Leitgedanken wieder, die von der Tagespolitik unabhängig die Partei zur Etatsablehnung führten. In dem vom Parteivorstand zu den Reichstagswahlen 1907 herausgegebenen „Handbuch für sozialdemokratische Wähler" wurde darüber gesagt:

„Die Ablehnung des Budgets ist für jede Partei, die zu einer Regierung in scharfer Opposition steht, das stärkste Mißtrauensvotum, das bürgerliche Parteien ebenso anwenden wie die Sozialdemokratie."

Dann hieß es weiter, daß die Sozialdemokratie das Budget ablehnt,

„weil sie zu den Regierungen, die die Regierungen der herrschenden Klassen sind, kein Vertrauen besitzt;"

„weil das Reichsbudget in seinen Einnahmen weit überwiegend sich aus den Erträgen der Zölle und den indirekten Steuern auf die notwendigsten Lebensmittel zusammensetzt;"

„weil die Verwendung der Reichsgelder zu ihrem überwiegenden Teil für Ausgabezwecke erfolgt, die die Sozialdemokratie mißbilligt."

Trotz des immer erneuten Widerstandes revisionistischer Weise ist dieser Standpunkt von der Partei bis zum Kriege gewahrt worden. Während des Krieges, als die persönlichen Scheinsozialisten die Oberhand gewannen, ist auch das anders geworden. Die unentwegten Kreditbewilligungen an der Seite aller bürgerlichen Parteien mußten wohl oder übel auch zur Etatsbewilligung führen, — soweit in jenen Jahren wüstester Anleihewirtschaft von einem geordneten Etatswesen überhaupt die Rede sein konnte. Der Umfall der damaligen sozialdemokratischen Mehrheit zeigte sich ja besonders markant bei der Beschlußfassung über den Notetat und den Haupttat im März 1916. — Hier handelte es sich nämlich noch darum, daß die neu geschaffener indirekten Steuern absichtlich mit dem Gesamtetat verkoppelt worden waren. Eine Ablehnung oder Annahme des Etats bedeutete also zugleich eine summarische Entscheidung über diese indirekten Steuern. Die Vorgänge im Reichstag bei jenen Beratungen, die wüsten Beschimpfungen, denen die Minderheit und besonders ihr Redner, Genosse Haase, dabei ausgesetzt waren, sind und bleiben in unser aller Gedächtnis. Der Notetat und später der Gesamtetat mit den indirekten Steuern wurden von der sozialdemokratischen Mehrheit angenommen, von der Minderheit natürlich abgelehnt. Der Bann war gebrochen, — in voller Konsequenz der knechtischen Abhängigkeit, in die sich die Kriegssozialisten zu den Bürgerlichen und ihrer militaristischen Regierung begeben hatten.

Während es sich in diesem Falle um eine summarische Preisgabe der früher eigenen Grundsätze handelte, liegt bei der jüngsten Beschlußfassung über den ersten Revolutions-Etat die Sache anders. Hier konnte die Noske-Partei gar nicht mehr auf den Gedanken kommen, die Stellungnahme zum Etat ist der Vertrauensfrage für „die Regierung, die die Regierung der herrschenden Klassen ist", zu verbinden. Die Rechtssozialisten haben sich sozusagen mit zwei bürgerlichen Parteien in die Herrschaft geteilt, wodurch freilich die Regierung nicht viel weniger als früher der Ausdruck bürgerlicher Herrschaft geworden ist. Die Gesamtpolitik dieser Regierung muß von den Rechtssozialisten gebilligt werden, weil es auch ihre eigene Politik ist. Alle erlebten schweren Fehler der jüngsten auswärtigen Politik, alle Phasen antisozialistischer Steuerpolitik, alle Gewaltakte des Noskeschen Neu-Militarismus finden bei den Rechtssozialisten entweder liebevolle Duldung, oder gar tatkräftige Förderung und durch die Budgetbewilligung nochmalige ausdrückliche Sanktion. Wieweit der Sozialismus, die Erfüllung der Revolution, oder auch nur das Erfurter Programm dabei zu kurz kommen, das alles alteriert die Praxis der sozialdemokratischen Mitregierer gar nicht.

Man sieht, die Zustimmung besonders zum ersten Revolutionsetat u. a. mit seiner 15 Milliarden-Ausgabe für die erhabenen Zwecke des Rosteheeres, mußte sich bei den Rechtssozialisten als eine neue Folge ihrer fluchbeladenen antisozialistischen Konzessions- und Koalitionspolitik zeigen. Und ganz dieselben Faktoren, die die Noske-Partei zur Etatsbewilligung zwangen, bewog die Unabhängige Sozialdemokratie zur Ablehnung. In dieser entgegengesetzten Wirkung gleicher Umstände wird zugleich der ganze Gegensatz zwischen der Konzessionspolitik der anderen und der grundsätzlichen Haltung unserer Partei deutlich aufgezeigt. Für uns gilt noch heute, was in den oben zitierten Sätzen für die frühere Gesamtpartei als die Grundlinie ihrer Taktik in der Budgetfrage festgelegt und — bis zum Verfall in der Kriegszeit — streng beobachtet wurde. Die oben genannten Vorbedingungen der Budgetablehnung bestehen auch jetzt noch. Von uns wird auch jetzt noch danach gehandelt, die Rechtssozialisten müssen anders d. h. unsozialistisch verfahren, um nicht sich und ihre Politik selbst zu verleugnen und bloßzustellen.

Wie im Reiche muß und wird derselbe Prozeß sich auch je nach Umständen in den Einzelrepubliken vollziehen. Die Politik der Hirsch und Heine, der Hoffmann und Gradnauer, und wie die Kortbanten des Scheinsozialismus alle heißen, muß die Stellungnahme der beiden sozialdemokratischen Parteien ebenso entgegengesetzt bestimmen, wie die Politik der Ebert, Bauer und Noske. Sie alle mißbrauchen gleichmäßig den heiligen Namen des Sozialismus zugunsten ihrer Eintagspolitik, — und ihre Gefolgschaft ahmt es ihnen nach.

Halle und Saalkreis.

Halle, den 13 November 1919.

Der Schleichhandel und seine Bekämpfung.

Vom Arbeiterrat wird uns geschrieben: In letzter Zeit sind zahlreiche Meldungen an den Arbeiterrat gelangt, in denen Angaben gemacht werden darüber, daß Kartoffeln, Kohlen und andere Waren durch den Schleichhandel nach diesem oder jenem Gehöft transportiert worden sind. Ferner daß auch Wagenladungen auf dem Güterbahnhof angekommen sind, die mit Schleichhandelsware beladen zur Verschiebung bereitgestanden haben sollen. Der Arbeiterrat hat mit Hilfe der Polizei Nachforschungen angestellt. In den meisten Fällen hat sich aber herausgestellt, daß die Angaben unvollkommen waren und infolgedessen ein polizeiliches Einschreiten nicht erfolgen konnte. In Anbetracht dieses Umstandes wird die Bevölkerung ersucht, in Zukunft bei allen Angaben peinlichste Genauigkeit walten zu lassen. Es ist vor allen Dingen nötig, daß die vollständige Adresse, der Tag und möglichst die Stunde angegeben werden, wann und wo derartige Fälle sich zugetragen haben. Ferner dürfte es angebracht sein, die Räumlichkeiten, in denen die Schleichhandelsware lagert, eventuell mit anzugeben. Bei Vorkommnissen auf dem Güterbahnhof ist es unbedingt nötig, daß die Wagennummer notiert und uns mitgeteilt wird. Bei telephonischen Meldungen an den Arbeiterrat (N. 1387) ersuchen wir um genaue Adressenangabe der Meldenden, damit bei Unklarheiten weitere Rückfragen möglich sind. Schließlich weisen wir noch darauf hin, daß anonyme Anzeigen nicht berücksichtigt werden können.

*

Wegen Zuwiderhandlungen auf dem Gebiete des Lebensmittelhandels wurden nach Mitteilungen der Polizeiverwaltung bestraft: die Kaufleute Lichtenstein, Mertens, Gronenberg wegen Kettenhandels mit einer Geldstrafe von je 150 Mk., der Handelsmann Bochlitz mit einer Geldstrafe von 200 Mk., der Bäcker Zuber wegen Abgabe von Brot ohne Brotmarken und Höchstpreisüberschreitung mit einer Geldstrafe von 500 Mk., der Fleischermeister Hackemesser wegen Höchstpreisüberschreitung mit einer Gefängnisstrafe von einer Woche und einer Geldstrafe von 200 Mark, Frau Spengler wegen Höchstpreisüberschreitung mit einer Geldstrafe von 150 Mk., die Händlerin Schmidt wegen Schleichhandels und Höchstpreisüberschreitung mit einer Gefängnisstrafe von drei Tagen und einer Geldstrafe von 150 Mk., die Handelsfrau Hebner wegen Höchstpreisüberschreitung mit einer Geldstrafe von 150 Mk., die Handelsfrau Jahn wegen Höchstpreisüberschreitung mit einer Gefängnisstrafe von drei Tagen und einer Geldstrafe von 150 Mk., der Handelsmann Liebau mit 400 Mk. Geldstrafe, der Arbeiter Dittmar wegen übermäßiger Preisforderung mit einer Geldstrafe von 150 Mk., der Generalagent Schuster wegen Schleichhandels mit einer Geldstrafe von 150 Mk., der Gastwirt Sierau wegen Abgabe von Fleisch ohne Marken, mit einer Geldstrafe von 500 Mk., der Agent Kuckenburg wegen Schlachtung eines Schweines ohne Genehmigung mit einer Geldstrafe von 150 Mark, der Arbeiter Kresse wegen Beiseiteschaffens beschlagnahmter Vorräte mit einer Geldstrafe von 120 Mk., der Bäcker Rose wegen desselben Vergehens mit einer Geldstrafe von 150 Mk., die Gastwirtsehefrau Kautsch wegen Höchstpreisüberschreitung mit einer Gefängnisstrafe von fünf Tagen und einer Geldstrafe von 250 Mk., der Arbeiter Frühling wegen Kettenhandels und unlauteren Kleinhandels mit Lederschuhen mit einer Geldstrafe von 150 Mk., der Bäckermeister Rappsilber wegen Verkaufs von Brot und Brötchen mit Mindergewicht mit einer Geldstrafe von 500 Mark, der Gastwirt Später und der Vizefeldwebel Dannenberg wegen Kettenhandels mit je einer Geldstrafe von 300 Mk., die Witwe Schäfer wegen Schleichhandels mit einer Gefängnisstrafe von einer Woche und einer Geldstrafe von 500 Mk., der Handelsmann Wieland wegen Höchstpreisüberschreitung mit einer Geldstrafe von 150 Mk., die Händlerin Degenhardt wegen Schleichhandels mit einer Gefängnisstrafe von einem Monat und einer Geldstrafe von 3000 Mk., der Kaufmann Grünfeld wegen unlauteren Tabakhandels und Kettenhandels mit einer Geldstrafe von 150 Mk., der Schankwirt Projahn wegen Schleichhandels mit einer Geldstrafe von 150 Mk., der Schlosser Friedrich wegen Höchstpreisüberschreitung mit einer Geldstrafe von 500 Mk., der Reisende Mack wegen Schleichhandels mit einer Gefängnisstrafe von einer Woche und 150 Mk. Geldstrafe, der Schlächter Höschel wegen Schleichhandels mit einer Geldstrafe von 200 Mk., der Handelsmann Röse wegen Höchstpreisüberschreitung mit einer Geldstrafe von 200 Mk., die Ehefrau Winkler wegen Wuchers mit einer Geldstrafe von 150 Mk., der Geschäftsführer Selmar wegen Kettenhandels mit einer Geldstrafe von 150 Mk.

Die ziemlich umfangreiche Liste ist ein Beweis dafür, daß die Polizei in letzter Zeit den Schleichhandel ganz energisch zuleibe geht.

* **Unsoziale Maßnahmen.** Im städtischen Arbeitsamt für weibliche Arbeitskräfte versucht man, wie uns geschrieben wird, Arbeitsuchende zu veranlassen, für recht niedrige Löhne zu arbeiten. Denjenigen Arbeiterinnen, die sich weigern, für so niedriges Entgelt tätig zu sein, droht man, die Erwerbslosen-Unterstützung zu entziehen. Ein Fall als Beispiel: Eine stellenlose Arbeiterin, die bisher nach dem Tarif wöchentlich 57.80 Mk. verdient hatte, und die sich um Arbeit an das hiesige Arbeitsamt wandte, versuchte man, dazu zu bewegen, für 30 Mk. die Woche zu arbeiten. Da ist denn doch die Frage berechtigt, ob ein Mensch jetzt mit 30 Mk. Wochenlohn auskommen kann. Ein zweiter Fall: Nach langem Drängen hatte eine Arbeitsuchende sich entschlossen, eine derartig schlechtbezahlte Stelle anzunehmen. Als sie dann den Wochenlohn von 28.80 Mk. ausgezahlt erhielt, hörte sie auf und wandte sich wieder an das städtische Arbeitsamt um neue Stellenvermittlung. Nun aber sitzt diese Arbeiterin erst recht im Elend. Arbeit hat sie nicht und Erwerbslosen-Unterstützung bekommt sie auch nicht. Und das alles hat sie dem unsozialen Handeln der Leiterin des Arbeitsamtes zu verdanken.

Treiben Arbeitgeber, die solche Elendslöhne zahlen, die Arbeiterinnen nicht direkt der Prostitution in die Arme? Hat eine städtische Angestellte das Recht, solche Druckmittel anzuwenden, um so gering bezahlte Arbeit anzunehmen? Es muß Aufgabe der Aufsichtsbehörde sein, hier einmal regulierend einzugreifen! Angestellte mit wenig sozialem Empfinden gehören nicht auf einen derartig verantwortungsvollen Posten.

* **Die Haase-Berkow-Spiele** sind bis einschließlich Sonnabend, den 15. d. M., verlängert worden. Für Freitag ist eine Sondervorstellung für die dem Ortsausschuß für Jugendpflege angeschlossenen Vereine angesetzt. Am Sonnabend findet die letzte Aufführung vom Paradiesspiel und Totentanz statt. Karten sind bei Reinh. Koch erhältlich.

Bewegung und Lachen.

Von Arno Voigt (Miles).

„... und wann sind Sie nach Ihrer Rückkehr aus Amerika vom Kaiser empfangen worden?"

Graf Bernstorff: „Nach sechs Wochen." (Bewegung und Lachen.)

In unserer Nachbardivision erlebte ein Leutnant und Kompagnieführer, den fremde Soldaten oft mit „Du" anredeten, weil er, ein Verächter des Unterstandes, durch unaufhörliches Spazierengehen durch die Granattrichter wirklich die graubraune Uniform des Anzuges und die grüne des Gesichts der Mannschaften angenommen hatte, das schwere Unglück, daß ein starker feindlicher Stoßtrupp in nächtlichem Hufch-hurch bei ihm eine Sappe eroberte. Der Leutnant schickte seine Handgranatenkerle vor — vergebens; er ging selber mit einem Zuge vor — vergebens. Nach sechs Stunden mußte er mit zitternder Hand melden, daß er zu der und der Zeit die Sappe verloren habe. Dann schafften ihn die Sanitäter auf den Verbandsplatz, weil ihn bei dem Gegenstoß ein feindliches Maschinengewehr ins Auge geschossen hatte. Er erlag seiner Verletzung. Er war schon begraben; da kam von hoher Dienststelle der Befehl, Leutnant X. sei kriegsgerichtlich zu vernehmen, weil er den Verlust der Sappe nicht sofort gemeldet habe.

Es soll hier nicht darüber gesprochen werden, daß von zwanzig Generalen, die mit dem Pour le mérite angeputzt wurden, neunzehn verhältnismäßig Geringeres leisteten als der Leutnant, der alles daransetzte, um die Sappe zurückzugewinnen. Erstaunt stehen wir nur vor der Präzision, mit der der Höhere die Arbeit des Niederen gliedert, Fehler entdeckt und Strafen anordnet. Desgleichen ist in der deutschen Armee täglich geschehen. Aber gleich als ob solche Ungerechtigkeiten den Ausgleich ihrer Ueberspannheit im Gegenteil finden müßten, war es an anderer Stelle wiederum billig und recht, daß die Dinge sich langsam fortbewegten. Die amerikanische Frage war Existenzfrage für Deutschland, sie sollte Lebensfrage für Millionen Einzelmenschen werden. Ganz Deutschland zitterte. Der an seiner Spitze stand, mag lange Nächte geschlafen haben, bis sein Botschafter übers Wasser zurückkam, um ihm alles zu erklären. Adjutanten, Generale und Hofmarschälle werden schier rasend geworden sein, weil der Gebieter jede Minute fragte, ob der Sendling denn noch nicht da sei. Es muß eine entsetzlich aufreibende Zeit gewesen sein. So wie er ankam, sollte er eintreten, hatte der Kaiser befohlen, nicht erst den Staub abklopfen — — — ach, das war ja alles Unsinn — — — wenn er nur überhaupt erst da wäre!

So ungefähr würde sich das deutsche Volk den Kaiser in Erwartung des Botschafters vorgestellt haben, wenn es überhaupt eine Ahnung von den Dingen gehabt hätte.

Der Kaiser aber empfing seinen Botschafter nach sechs Wochen. Ohne Uebertreibung kann man sagen: er empfing ihn überhaupt nicht; denn es wird eine Zufallsbegegnung gewesen sein, die sich auch noch weitere Monate lang hätte hinausziehen können. Und was der Botschafter Wesentliches zu sagen hatte, das war nach sechs Wochen längst abgeklungen.

Heute vernimmt das Volk von diesen für sein Leben entscheidenden Dingen, und es antwortet darauf mit „Bewegung und Lachen". Die einen fühlen noch einmal tiefsten Schmerz und Grimm über die Frivolität, die „herrschte", während sie blutesten — die andern haben auch heute noch nicht den Sinn verloren für das Komische: sie lachen. Dabei tauchen aber die beiden feelischen Urressenzen auf, die den Menschen ihre Stellung zum Krieg bestimmten. Die einen wurden bewegt durch das Sterben, die andern lachten darüber.

Wie es ganz vorn im Graben ausgesehen hat, wissen wir. Die Bewegung ging so lange, bis man sich mühebemerkt hatte. Die Arme ließen sich nicht mehr heben, die Lider wurden bleiern und in den Knien kriegte man ein Gefühl wie Hin- und Herkugeln. So war es im Gefecht. Und da wir einmal an einem Tage, wo der Heeresbericht von hervorragendsten Taten der Kronprinzenarmee meldete, im Hauptquartier dieses Oberbefehlshabers zu tun hatten, wissen wir auch, wie es dort stand. Im Kino tanzten auf der Leinenwand volles Fleisch und Spitzenröckchen und der Prinz reichte seinem Nachbar das goldene Zigarettenetui, wobei er unter dem herrlich gebürsteten und geölten Scheitel gar huldvoll und befriedigt lachte. Bewegung hie — Lachen da.

Wahrhaftig, jetzt sieht man's erst! Bewegung und Lachen — wer die Geschichte des Weltkrieges schreibt und dies beides nicht mitverzeichnet, dem blieb seine innerste Struktur fremd. Ganz im Anfang, da bewegten sich die deutschen Herzen und lachten dazu. Dann aber wurden die Bewegungen an der Front hart, müde und eckig. Um so satter aber klang das Lachen derer, die auf Etappe und den hohen Befehlsstellen in den Tag hineinlebten.

Um ein paar Pfund Kartoffeln zusammenzubringen, mußte man sich stundenlang bewegen, derweilen immer feister werdende Unablömmliche so wie jetzt noch nie gelacht hatten. Diesem Lachen klang der Widerhall derer entgegen, die alle Erdennot durchgekaut hatten und aus dem Ende, dem Nichts, dem Schmutz in die neue kommende Qual hineinlachten. Lachen und Bewegung. Wie flüglich machten sie es, wie wußten sie es einzuteilen! In erstaunte Falten gelegt, verkündete das photographierte Antlitz die innere Bewegung, die sich nach außen hin kundgab in rührendem Dank an Gott, an die treuen Untertanen, und dann in der Aufforderung, noch tüchtig bei der Stange zu bleiben. Zuletzt aber fehlte nie der Trost, das Lachen. Unüberwindlich, herrliche Zukunft, Traum von deutscher Größe, freilich, freilich, für solche Ziele kämpfte sich's lachend. Und dann die „guten Meldungen". Sie verdichteten sich auf ihren Wegen zur O.-H.-L., und wie stand das deutsche Heer schließlich da? Der Heeresbericht sprach zwar von Rückwärtsbewegung, im Grunde aber und in der Hauptsache und im ganzen betrachtet — hatten wir gut lachen.

Heute lachen sie und sind bewegt, wenn sie erfahren, wie's bei der Führung aussah. Was wir heute sehen, ist nur die vom Grund hochsteigende Auswirkung, die sich nun auf der Oberfläche zeigt. Damals Bewegung — heute quittiert darüber das Lachen. Wir hatten ein mächtiges Reich, wie stand es groß und herrlich da — es, worauf die Macht gegründet und der Eigensinn eines einzelnen — die Erinnerung soll uns groß sein — — aber es nützt alles nichts: wir müssen lachen.

Nein, wir sind nicht stolz. Unser Lachen ist nicht gut, geschweige denn das beste, wenn wir gleich zuletzt lachen. Wir wissen, ihr habt oft gelacht, als manches in Bewegung war. Was galt euch die politische Bewegung? Die Bewegung der Massen nach vorwärts? Ihr lachtet, wenn Herr v. Oldenburg im Zirkus Busch die Geschichte von den Soldaten zum besten gab, die im Felde standen und „Feuer auf den Frack" bekamen. Ueber die Streikbewegung der Munitionsarbeiter lachtet ihr. Die ihr der neu aufsteigenden Zeit stur und dumm gegenüberstandet, was konntet ihr anderes tun als lachen? Nun, wir können nicht glauben, daß ihr ein Gewissen gehabt habt. Wir können nicht glauben, daß unsere Bewegung euere Bewegung war. Wir haben aneinander vorbeigelebt, euere Sprache war nicht unsere Sprache und unsere arme Welt war nicht euere Welt. Hätten wir etwas zu sagen gehabt und wäre zu uns einer gekommen, der uns hätte Rat und Botschaft bringen können — bei Gott, wir hätten ihn nicht sechs Wochen warten lassen. Das Bild hat sich geändert. Und das sollen sie sich alle sagen, die einst lachten, daß das Volk, dem sie das wahre Lachen verdorben haben, sich seine Bewegungen von ihnen nie wieder wird vorschreiben lassen. (Frkf. Ztg.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219191113-14/fragment/page=0005

Prozeß Ferchlandt oder Kilian?

Der Zeuge Adler belastet Ferchlandt — Noske sagt: Ferchlandts Verhaftung war ungesetzlich — Abgeschlagene Angriffe auf das Sicherheitsregiment — Spitzel Hartung organisierte Putsche in Leipzig und Halle — Bewaffnete Studentenhaufen in der Artilleriekaserne?

Staatsanwalt, Vorsitzender und Richter beherrschen ihre Rollen als Großinquisitoren für die Revolutionsvorgänge in Halle meisterhaft. Der Rechtssozialist Soldatenrat Adler tritt auf und macht mit selbstbewußtem Lächeln, die Hände auf dem Rücken, seine Aussagen; er klagt und jammert, wie den Rechtssozialisten die Revolution über den Kopf gewachsen sei und belastet Ferchlandt in recht erheblichem Maße. Für die Beweisaufnahme gegen Kilian kann er nichts „Greifbares" angeben. Halt, doch! Mit strahlender Miene fährt der Staatsanwalt in die Höhe! Was, die Klingel hat Ihnen Kilian einmal weggenommen, als Sie in einer erregten S.-Rats-Sitzung den Vorsitz führten"? Das muß natürlich „festgenagelt" werden! Befriedigt setzt sich der Staatsanwalt. Nun haben wir ja den Schwerverbrecher. Die Klingel hat er weggenommen! — Ein ältlicher Polizeimann in Lederschaftsstiefeln versetzt den Zuschauerraum in ängstliche Spannung. Hilflos, ängstlich, voll Mitleid sehen die Frauen zum Angeklagten. Ein Tuscheln geht durch die Reihen: „Das ist der Oberpolizeiinspektor von Halle, der weiß alles. Nun ist es vorbei." — Der Mächtige zieht Blätter aus der Tasche und wettert los gegen die Matrosenkompagnie, gegen das Sicherheitsregiment, das „verlauste" Verbrechergesindel, das die hilflose Polizei entwaffnet hat. Und Kilian? Der Verbrecher sitzt auf der Anklagebank und — liest Zeitung; das hat ja gar nichts mit ihm zu tun, man stört ihn auch nicht einmal. Wozu auch? Der Hauptschlag wird ja noch kommen. Ein junger Noske! „Ich war im Dienst der Regierung." Der Staatsanwalt lächelt, die Richter schmeunzen sich; endlich einmal ein anständiger Mensch. „Ich habe gehört, wie Kilian sagte: Die Arbeiterschaft muß wie eine Mauer geschlossen gegen die Regierungstruppen stehen." Vorsitzender: „Wann, an welchem Tag war das?" Doch ach, hier stockt er schon, er weiß es nimmer und alles Bemühen hilft nichts, seinem Gedächtnis nachzuhelfen. Doch der Staatsanwalt ist der Retter in der höchsten Not: Fragen Sie bei ihren Kameraden herum, damit wir näheres erfahren können! Erleichtert atmet mancher auf. Die Situation ist gerettet! Nun kann die Komödie weitergehen. Von größtem Interesse war, was ein Zeuge über die zweifelhafte Rolle des Spitzels Hartung auszusagen wußte, der zu gleicher Zeit sowohl in Leipzig als auch hier in Halle durchaus „etwas machen" wollte. Hoffentlich wird im Verlaufe der Beweisaufnahme noch einwandfrei aufgeklärt, wer „bewaffnete Haufen" gebildet hat, ob der Delinquent, der die Anklagebank drücken muß, oder die Schieber in der Artilleriekaserne, wo — wie der Verteidiger Müller sagte — junge Bürschchen und Studenten drei Tage lang einen bewaffneten Haufen gebildet hätten. Zeitweise hatte man den Eindruck, daß es sich eher um einen Prozeß Ferchlandt und des Sicherheitsregiments handelte, als um eine Verhandlung gegen den Arbeiterrat Kilian.

•

Dritter Verhandlungstag.

Zu Beginn der Verhandlung beantragte Rechtsanwalt Herzfeld, den General Maercker an Gerichtsstelle zu vernehmen. Der Angeklagte sowohl wie der Staatsanwalt haben ein Interesse daran, beider Wichtigkeit der Aussagen des Generals dieses hier zu vernehmen. — Staatsanw.: Wenn der Verteidiger so außerordentlich Wert darauf legt, will ich dem nicht widersprechen. — Das Gericht beschloß, am ersten erreichbaren Tage nach der Bahnsperre den General Maercker als Zeugen zu laden. Rechtsanw. Herzfeld: Wann erscheint der Zeuge Thiele? Vors.: Im Laufe der nächsten Woche. Darauf beginnt die Zeugenvernehmung.

Zeuge Lagerhalter Albin Adler: Vom Dezember an war ich im Vorstand des S.-Rates. Kilian hatte im S.-Rat gar keine Stellung. Vors.: Sie haben früher angegeben: Kilian habe als Schriftleiter des Volksblattes eine Vertrauensstelle inne gehabt. Adler: Ich meinte damit eine Vertrauensstelle in der U. S. P. aber nicht im S.-Rat. An den Sitzungen des großen S.-Rates hat Kilian teilgenommen. Ich bitte, das aber auseinanderzuhalten von den Sitzungen des engeren S.-Rates. Vom Verhältnis Kilians zu Schumacher weiß ich nichts Genaues. Bei einem Antrag Schumachers auf

Bildung einer Roten Garde

hat Kilian Schumacher in der betreffenden S.-Rats-Sitzung Blätter gegeben, aber ob es mit dem Antrag zusammenhängt, weiß ich nicht. Ob Ferchlandt unter dem Einfluß Kilians stand, kann ich nicht sagen. Politisch war meiner Meinung nach Ferchlandt unreif. Ferchlandt hat einmal zu mir gesagt: „Sie können mir nicht verdenken, daß ich als Aktuar für 6 Mk. täglich arbeite". Daraus schließ ich, daß sich Ferchlandt der U. S. P. anschloß, um eine gute Stellung zu bekommen. Die Matrosenkompagnie hat Ferchlandt ohne unser Wissen in Szene gesetzt. — Vors.: War das Volksblatt das amtliche Organ des S.-Rates? — Adler: Ich war oft in Magdeburg und habe deswegen von manchen Dingen keine Kenntnis. Ob der Angeklagte einen Einfluß auf Ferchlandt hatte, weiß ich nicht. Die Vermutung bestand, aber etwas Greifbares kann ich nicht angeben. Von den Waffendepots weiß ich nichts. Daß im Wettiner Hof Waffen waren, erfuhr ich zufällig. — Vors.: Wurde eine Waffenkontrolle geführt? — Adler: Davon ist mir nichts bekannt. — Vors.: War ein Waffenlager auf dem Stadthaus? — Adler: Von einem Waffenlager weiß ich nichts; daß längere Zeit einige Gewehre dort lagen, weiß ich. — Dem Zeugen wurden mehrere Fragen über Ferchlandts Tätigkeit vorgelesen, überhaupt hatte man den Eindruck, daß es sich mehr um einen Prozeß Ferchlandt und um eine Aufnahme alter Vorgänge im S.-Rate handelte. Kilian blätterte währenddessen uninteressiert in einem Band des Volksblattes. — Adler: Wir waren nicht besonders gut angeschrieben bei den Radikalen. In der ersten Zeit war der S.-Rat nicht radikal. Ob die Radikalisierung von außen her auf Anweisung geschah, weiß ich nicht. Auch weiß ich nichts Genaues von den Aufnahmebedingungen in das Sicherheitsregiment, ob eine Zugehörigkeit zur U. S. P. oder K. P. D. nötig war.

Vors.: Wissen Sie etwas darüber, daß Vorbestrafte sich im Sicherheitsregiment befanden? — Adler: Wir haben Ferchlandt beauftragt, dagegen vorzugehen; und Ferchlandt hat uns versichert, er habe alles getan. — Vors.: Hat der Angeklagte in einer A.- und S.-Rats-Sitzung den Antrag gestellt, das Stadthaus militärisch besetzen zu lassen? — Adler: Anläßlich der Verhaftung Schmidts und da

die Artillerie rebellisch

wäre, sollte das Stadthaus bewaffnet werden. Ein Soldatenrat hat, während ich protestierte, schon die Besetzung telephonisch veranlaßt. Ob Kilian die Verhaftung Schmidts beantragt hat, weiß ich nicht; auch nicht, warum Schmidt verhaftet wurde. Im weiteren Verlauf der Verhandlung waren der Vorsitzende und der Staatsanwalt eifrig bemüht, dem Gedächtnis des Zeugen nachzuhelfen, um Näheres über die folgenden Tage zu erfahren. Vors.: Dem Ueberbringer der Waffen soll Kilian am Tore des Stadthauses gesagt haben: „Es ist höchste Zeit, daß ihr kommt!" Auch sollen Arbeiter im Stadthause gewesen sein, die auf die Waffen warteten. — Adler: Davon weiß ich nichts, aber von einer besonderen

Bewaffnung der Arbeiter kann keine Rede sein,

auch hat Kilian in keiner Sitzung einen derartigen Antrag gestellt. — Vors.: Was wissen Sie vom Antrag auf Zurückziehung der Sicherheitswehr am 1. März. — Adler: Davon ist mir nichts bekannt. Ich war schon einige Tage zuvor aus dem S.-Rat ausgeschieden.

Rechtsanw. Müller: Der Zeuge meint offensichtlich die Vorgänge im Januar. Damals waren einige Tage Waffen im Rathaus vorhanden. Das wurde garnicht verheimlicht. Ist Ihnen bekannt, daß die Aufstellung des Sicherheitsregiments mit Genehmigung des IV. A. K. und des Ministeriums zustande kam? — Adler: Näheres kann ich nicht angeben, nur daß es 800 - 1000 Mann sein sollten, aber nicht daß Ferchlandt Matrosen aufstellen sollte. Auf Antrag des Rechtsanw. Müller wird die Bekanntmachung: „Eine Klarstellung des S.-Rates" im Volksblatt vom 14. Januar 1919 verlesen.

Rechtsanw. Herzfeld: Wie war die Verteilung der Geschäfte zwischen A.- und S.-Rat? War die Geschäftsführung des S.-Rat vom A.-Rat getrennt? — Adler: Wir unterstanden nicht dem A.-Rat. Das ist ohne weiteres festzustellen. Der S.-Rat hat von vornherein vermieden, allzusehr mit dem A.-Rat zusammen zu arbeiten, da man dort zu sehr einseitig politisch zusammengesetzt war. Die militärischen Sachen wurden allein vom S.-Rat erledigt. In einer Sitzung über den Obstschutz sei der S.-Rat für den Obstschutz, der A.-Rat dagegen gewesen. Da habe ihm K. die Klingel weggenommen. — Der Staatsanw. stellt das ausdrücklich fest. — Vors.: Hat K. den Antrag gestellt, daß Truppen nicht nach dem Osten geschickt werden sollen? — Adler: Das kann ich nicht sagen, doch hat K. gesagt:

Die Regierung hat Truppen genug im Inneland, die kann sie alle an die Grenze schicken.

Kilian: Es handelte sich darum, ob der A.- und S.-Rat die Freiwilligenwerbung für den Osten unterstützen konnte, und weil darin keine Klarheit bestand, beschloß man auch im S.-Rat eine Kommission nach dem Osten zu entsenden, was auch geschehen ist. Ist es richtig, Herr Zeuge, daß der A.- und S.-Rat grundsätzlich die Werbungen für den Ostschutz anerkannt hat. — Zeuge: Daran kann ich mich nicht mehr erinnern. — Kilian: Inwiefern war ich berechtigt, an den Sitzungen des S.-Rates teilzunehmen? — Vors.: Der Zeuge hat sich doch bereits darüber ausgesprochen, daß Mitglieder des A.-Rates in den einzelnen Kommissionen tätig waren. — Kilian: Entsinnen Sie sich, Herr Zeuge, daß eine Differenz bestand, weil Thiele von der rechtssozialistischen Partei vom S.-Rat als Beirat zugezogen war und das daraufhin die Anhänger der U. S. P. auch einen Beirat haben wollten? Entsinnen Sie sich, daß dann beschlossen wurde, daß ich als Vertreter der U. S. P. an den Sitzungen teilnehmen soll? — Zeuge: Soweit ich im Bilde bin, haben Vertreter des A.-Rates an den Sitzungen der einzelnen Kommissionen teilgenommen, aber Thiele ist einmal herangeholt worden, um als Beirat in irgendeiner Weise Auskunft zu geben. Daraufhin hat man aber die Sache als politische Aktion aufgefaßt und hat das bekämpft. — Kilian: Herr Zeuge, waren Sie in jener Sitzung im S.-Rats-Lokal zugegen, als der frühere Sicherheitsmann Hartung verhört wurde? — Zeuge: Ich bin zu einer Sitzung, die bereits tagte, später gekommen und hatte keine Kenntnis davon, daß Hartung vernommen werden sollte. —

Kilian: Entsinnen Sie sich, daß wir einigermaßen entrüstet waren über das, was Hartung sagte, und entsinnen Sie sich, daß Sie mir damals sagten, Sie hätten etwas erfahren von

verschiedenen Putschen,

die geplant sind? Klauß und Pludra sollten daran beteiligt sein? — Zeuge: Ja, es ist möglich, daß einige Mal irgend was ausgesprengt war, daß Putsche unternommen werden sollten. — Vors.: Wer wollte Putsche unternehmen? — Adler: Hartung sollte daran beteiligt sein, amtlich ist uns nichts mitgeteilt worden. — Staatsanw.: Ich darf hier einschalten, daß Klauß verurteilt ist zu 2½ Jahren Zuchthaus wegen Störung des Gefängnisses. — Kilian: Waren Sie damals in Halle, als Ferchlandt verhaftet war und als wir am nächsten Tage über die Verhaftung gesprochen haben und darüber, wer dazu den Anlaß gegeben hat? — Adler: Das weiß ich nicht. Den Tag vorher haben wir Ferchlandt noch gewählt als Beisitzer zum Kriegsgericht und am anderen Tage ist die Verhaftung vorgenommen worden. Nun weiß ich nicht, ob die Sitzung, die ich vorhin erwähnte, am selben Tage stattfand, oder ob das später war. Ich kann das Datum nicht genau angeben. Wenn das an diesem Tage war, bin ich allerdings in Halle gewesen. Ich kann das aber nicht genau sagen. — Kilian: Entsinnen Sie sich vielleicht, daß der Sekretär, Herr Platen, den Auftrag bekam, sich mit Noske in Verbindung zu setzen, um zu fragen, was es mit der Verhaftung auf sich hat? — Adler: Ich selbst bin nicht anwesend gewesen. So viel ich weiß, sollte Noske gefragt werden, ob er die Unterschrift gegeben hatte. — Vors.: Ist da eine Antwort erfolgt? — Adler: Wir haben uns wiederholt telephonisch verbunden mit der Regierung, aber etwas Neues ist nicht festgestellt. Einmal war Noske selbst am Telephon. Er sagte, er sei nicht im Bilde, ob er Anweisungen gegeben habe. Es hat sich wohl später herausgestellt, daß

Noske den Befehl zur Verhaftung Ferchlandts nicht unterschrieben

hatte. — Kilian: Herr Platen hat mit Noske telephonisch gesprochen und Noske hat gesagt, der Name Ferchlandt sei ihm ganz unbekannt, und Platen hat Noske weiter geschildert, unter welche Begleitumständen Ferchlandt verhaftet wurde. Daraufhin hat Noske ausdrücklich bestätigt daß unter diesen Umständen

die Verhaftung Ferchlandts überhaupt ungesetzlich

sei. — Vors.: Wissen Sie etwas davon? — Adler: Ich kann das nicht genau sagen. Ich bin der Meinung, daß Noske gesagt hat, er müsse sich erst einmal orientieren. — Ein Beisitzer: Sie haben doch nur gehört, was Platen gesagt hat? — Vors.: Haben Sie hören können, als Platen das Fernrohr in der Hand hatte? War ein Doppelrohr da? — Adler: Nein. Ich habe nur gehört, was Platen sprach.

Kilian: Sie haben vorhin immer von zwei Sitzungen gesprochen. Entsinnen Sie sich vielleicht, daß die Sache anders war? Als Hartung vernommen war, da waren auch Artillerie-Vertrauensleute in der Sitzung, und man war allgemein empört darüber, daß Schmidt nun doch losgestellt war. Die ganze Sitzung war der Meinung, daß man diese Leute unschädlich machen müsse. Nämlich Hirsch und Schmidt, die selbst ihre eigenen Vertrauensleute hinters Licht gestellt hatten, und daß dann seitens des S.-Rates die Anweisung gekommen ist, die Artilleristen sollten selbst Hirsch und Schmidt festnehmen. Ist Ihnen das gegenwärtig? — Adler: Ja. In einer Sitzung ist davon gesprochen worden. Gegen die Festnahme haben aber gleich Vertrauensleute der Artillerie protestiert. Sie würden das selbst besorgen. So hat sich der Vorgang, soweit ich mich erinnern kann, abgespielt. — Kilian: Das war eine Sitzung, an dem Tage, nachdem Ferchlandt verhaftet war. Die Artilleristen waren bei und haben sich bereit erklärt, die Exekutive gegen ihre Offiziere selbst vorzunehmen. — Adler: Ich habe keine Ahnung gehabt von einer Verhaftung des Hartung. Ich kannte den Zusammenhang sehr wenig und hatte gar kein Interesse an der ganzen Geschichte, bis ich dann erfahren hatte, um was es sich handelt.

Kilian: Erinnern Sie sich vielleicht, daß Herr Stutz in einer Sitzung eine Resolution eingebracht hat, die mit den Worten begann: „Die versammelten Vertrauensleute sind empört über die Verhaftung von Ferchlandt . . ." — Adler: Jawohl, ich erinnere mich. — Kilian: Ich bitte, sagen zu dürfen, daß der Staatsanwalt mir zum Vorwurf macht, die von Stutz eingebrachte Resolution eingebracht zu haben. — Staatsanw.: Was wissen Sie darüber, ob eine Untersuchungskommission gewählt wurde, um den Fall Ferchlandt zu prüfen? — Adler: Soweit ich mich erinnere, sind wohl einige Herren bestimmt, die die Sache untersuchen sollten, wie Ferchlandt verhaftet ist. — Staatsanw.: Wer hat diese Leute bestimmt? — Adler: Das kann ich nicht sagen. Aus dem Protokoll ist aber alles ersichtlich. — Staatsanw.: Wo sind die Protokolle? — Adler: Bei der Militärverwaltung; sie sind dem Garnisonkommando übergeben. — Staatsanw.: Jetzt sind sie aber verschwunden. Welchen Zweck hatte diese Kommission? — Adler: Es sollte festgestellt werden, warum Ferchlandt verhaftet ist.

Zeuge Karl Kirst: Ich war im S.-Rat von Mitte Dezember bis zur Auflösung und gehörte der Matrosenkompagnie als Vertrauensmann an. Wer sie aufgestellt hat, weiß ich nicht. Für den Eintritt in das Sicherheitsregiment und in die Matrosenkompagnie gab es einheitliche Bestimmungen. Lt. Ferchlandt habe ich nie in Matrosenuniform gesehen. Wo die Waffen der beurlaubten Matrosen waren, weiß ich nicht; sie waren jedenfalls vorher abgegeben. Die Kammer des S.-Rates stand uns zur Verfügung. Ich habe niemals gehört, daß K. im S.-Rats-Sitzungen Anträge eingebracht hat. Von einem Antrag auf Arbeiterbewaffnung weiß ich nichts. Am 8. März kam Kilian in den S.-Rat und sagte:

„So kann es nicht weitergehen mit den Plünderungen, wir müssen darüber beraten." Durch den Einzug des Generals Maercker, der die neue Macht darstellte, waren die Plünderungen veranlaßt. Wir hatten den Befehl, am Vormittag in den Quartieren zu bleiben, bis mit Maercker verhandelt sei. Da hieß es nachmittags, Maercker lasse sich nicht auf Verhandlungen ein. Wir erhielten dann keine Befehle mehr und wußten nicht, was wir tun sollten. Ich bin der Ansicht, daß am 8. März noch keine Ordnung war. Kilian hat damals den Vorschlag gemacht, Arbeiter heranzuziehen, um Ruhe und Ordnung wieder herzustellen.

In der weiteren Verhandlung spielten die

Quertreibereien des Spitzels Hartung

eine größere Rolle. Rechtsanw. Müller: Hatten Sie den Eindruck, daß Hartung in Leipzig gesagt hat: in Halle soll etwas unternommen werden, und in Halle, es müsse für Leipzig etwas geschehen? — Kirst: Unbedingt. Deswegen gerieten sich ja Schleifstein und Hartung bei einer Verhandlung in der Charlottenschule in die Haare. — Rechtsanwalt Müller: Es wird gesagt, daß Hartung behauptet hatte, die Artillerieuoffiziere wollen sich bewaffnen und den A.-Rat stürzen. Auch soll Hartung die Matrosen gewarnt haben. — Kirst: Ich halte es für wahrscheinlich, weil

Hartung nichts anderes tat, als die eine Partei gegen die andere aufzuhetzen.

Rechtsanw. Müller: Ich werde später Beweise bringen, daß Hartung auch bei der Artillerie hetzte. — Kirst: Hartung hat einzelne Leute zu Torheiten verleitet, z. B. zu Verhaftungen. Bei Demonstrationszügen war er der Führer. Er gebärdete sich überradikal und wollte den S.-Rat stürzen. Dem Staatsanwalt waren die Fragen des Rechtsanwalts sichtlich unangenehm, und er ersuchte das Verhandlungsthema auf die Plünderungsvorgänge zu bringen. Kirst: Daß die Plünderungen geplant waren, weiß ich nicht. Nach dem 1. März hat die Matrosenkompagnie geschlossen nichts mehr unternommen. Staatsanw.: Auf wessen Befehl sind die Ammendorfer Arbeiter von den Matrosen bewaffnet worden? Kirst: Davon ist mir nichts bekannt. Von Verhandlungen über Entwaffnung der Truppen nach dem Osten weiß ich nichts. Auch habe ich von der Besetzung des Saale-Zeitung erst nachher erfahren. Von der Besetzung des Artillerie-Depots habe ich erst einige Tage später erzählen hören — Rechtsanw. Müller: Ueber die Matrosenkompagnie gibt es viele Legendenbildungen. Ich bitte, eine Dienstvorschrift der Matrosenkompagnie zu verlesen. — Vors.: Von einer Legendenbildung können Sie erst am Schluß der Beweisaufnahme sprechen. — Rechtsanw. Müller: Ist es richtig, daß in der Matrosenkompagnie einzelne schlechte Leute waren, und sind Sie der Meinung, daß dies in der allgemeinen Demoralisation der Zeit begründet liegt? Kirst: Wir hatten auch nicht mehr schlechte Menschen in unserer Kompagnie, als in den früheren Soldatenkompagnien waren. Es ist richtig, daß manche, die aus dem Felde zurückgekommen waren, keinen inneren Halt mehr hatten. — Rechtsanw. Müller: Ist es richtig, daß Matrosen zahlreiche Diebstähle verhindert haben? — Kirst: Ja. Rechtsanw. Müller: Mußte jeder Neuaufgenommene die Dienstvorschrift unterschreiben? — Kirst: Ja. — Rechtsanw. Müller: Dadurch wird widerlegt, daß die Matrosenkompagnie eine Rote Garde war, in der für den einzelnen Zugehörigkeit zur U. S. P. oder K. P. gefordert wurde, sondern nur, daß er Anhänger der sozialen Revolution sei. — Kirst: Wir hatten in unserer Kompagnie auch Demokraten und Rechtssozialisten. Von mir ist kein Zwang ausgeübt worden; ich hatte viel mit dem Einstellen zu tun. Meseberg hat allerdings Propaganda für die U. S. P. gemacht. — Rechtsanw. Müller: Das beweist, daß die Angehörigen der Matrosenkompagnie noch nicht alle bei der U. S. P. oder K. P. waren.

Staatsanw.: Wissen Sie, ob Ferchlandt einmal 100 Spartakisten verpflegen ließ? — Kirst: Davon weiß ich nichts. — Staatsanwalt: Ist Ihnen etwas von der Bewaffnung der Häuser in der Nähe des Wettiner Hofes mit Maschinengewehren bekannt? — Kirst: Das habe ich wohl erfahren. In der Zeit der Spannung zwischen S.-Rat und Artillerie waren Maschinengewehre aufgestellt. Ob Kilian die Aufstellung beschtigt hat, weiß ich nicht. Auch weiß ich nichts von einer Herbeirufung der Spartakisten aus Leipzig und daß Seeger und Schöning aus Leipzig mit Kilian darüber verhandelt haben sollen. Von der Verhaftung Hartungs habe ich erst am nächsten Tag erfahren. Ob er geschlagen wurde, weiß ich nicht. Auch nicht, wer die Verhaftung Hartungs veranlaßt hat. Doch ist es möglich, daß eine eigenmächtige Handlung der Kameraden, die über Hartung empört waren, vorliegt.

Rechtsanw. Herzfeld: In was für Fällen wurde Kilian vom S.-Rat um Rat gefragt? Waren es rein militärische Fragen? — Kirst: In rein militärischen Fragen ist er nie gefragt worden. — Herzfeld: Es wird behauptet, daß die Matrosen Gewalttätigkeiten begangen haben. Ist in dieser Richtung ein geheimer Plan bekannt gewesen? — Kirst: Ich wußte nichts davon. Da ich Vertrauensmann war, hätte ich es aber erfahren müssen.

Polizeiinspektor Karl Goldmann: Am 9. November wurde mir von einem S.-Rats-Mitglied mitgeteilt, die Polizei stehe unter dem S.-Rat. Der Polizei wurden die Säbel gelassen, Pistolen durften nicht mehr getragen werden. Polizisten sind sogar von Sicherheitssoldaten auf Schußwaffen untersucht worden. Bei einer Besprechung vom 27. 12. 18 bis 6. 1. 19 mit Neiwand und den vier Kompagnieführern hat ich um Erlaubnis, daß die Polizisten Schußwaffen tragen dürften. Für Kriminalbeamte wurde das erlaubt. Für uniformierte Schutzleute nicht, da sie in Begleitung von Soldaten gingen. Ich wies darauf hin, daß Bestrafte in der Sicherheitswehr seien und bat um Abstellung solcher Mißstände. Eine Zusicherung wurde mir nicht gegeben. Die Soldaten gaben auf dem Polizeirevier ihre eigene und die Nummer der Kompagnie an. Ein Soldat wurde auf unsere Beschwerde hin entlassen. Mit dem Angeklagten habe

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219191113-14/fragment/page=0006

ich nie verhandelt. Viele von den Sicherheitssoldaten, waren preußisch. Sie brachten Gewehre mit, aber mit dem Bajonett nahmen sie es nicht so genau. Dagegen haben wir protestiert. Rechtsanw. Müller: Das Sicherheitsregiment ist erst Mitte Dezember zusammengetreten. Bis dahin waren es junge Leute, die beim Grenz-Truppenteil waren. — Goldmann: Was ich ausgesagt habe, bezieht sich auch auf die Sicherheitskompagnie. — Staatsanw.: Was wissen Sie von der Beteiligung der Sicherheitssoldaten an den Plünderungen? — Goldmann: **Darüber kann ich nichts Genaues sagen. Ich war damals zuhause, da mich die Polizeibeamten samt und sonders verlassen hatten, weil sie auch in den Streik getreten waren.** — Rechtsanw. Herzfeld: Nach den mir zugegangenen Informationen sollen im Beschwerdefall die einzelnen Fälle untersucht worden sein, aber es hat sich herausgestellt, daß es sich nur um einzelne Leute handelte. — Goldmann: Wir hatten auch auf einzelne Leute aufmerksam gemacht. Auf eine Eingabe aus Garnisonkommando erhielten wir keine Antwort. Rechtsanw. Herzfeld: Ist es richtig, daß bei jener Unterredung mit Reinwald dieser Sie aufgefordert hat, Ihnen die Liste und Namen der Vorbestraften zu geben? — Goldmann: Das ist zutreffend. Rechtsanw. Herzfeld: Ist es dem Herrn Polizei-Kommissar bekannt, daß auch von späteren

Angehörigen des Landesjägerkorps Kartoffeln gestohlen

wurden und zwar als sie in Dienst waren? **Goldmann:** Davon ist mir nichts bekannt.

Der 18½jährige Regierungssoldat Leirich: **Ich war beim** Demonstrationszug der Kriegsbeschädigten am 10. Januar, der sich vom Roßplatz zum Markt bewegte. Zuerst wurde am Markt dem Zug Platz gemacht, dann fielen die Leute über die Spitze her. Wer das Zeichen zum Losschlagen gab, weiß ich nicht. Auch weiß ich nicht, wer am Marktplatz gesprochen hat. — Vors.: Haben Sie gesehen, ob Kilian vom Altan gesprochen hat? — Leirich: An einem anderen Tage habe ich gehört, wie Kilian vom Altan herab zur Menge sagte: „Die Arbeiter sollen wie eine Mauer dastehen, wenn die Regierungstruppen einrücken." Es sagte noch jemand, wer es war, weiß ich nicht genau, entweder Kilian oder Meseberg, daß ein Teil der Arbeiterschaft bewaffnet wäre; der andere Teile sollte noch bewaffnet werden. Ich fand schon länger im Dienst der Regierung und sollte deswegen bewaffnet werden. Matrosen unter Führung von Päß waren bei meinen Eltern und zeigten einen Haftbefehl vor, der vom A.-Rat unterzeichnet war. Mein Vater hat den Haftbefehl gesehen. — Staatsanw.: Ich bitte, den Vater des Zeugen zu laden. — Leirich: Im Januar war ich bei der Artillerie. Von einem Plan der Artilleristen, den Wettiner Hof zu stürmen, weiß ich nichts. Am Demonstrationszug am 9. Januar habe ich teilgenommen. — Staatsanw.: Wann sind die obenerwähnten Aeußerungen Kilians gefallen? — Leirich: Wenn ich nicht irre, war es im Februar. **Ich müßte mich erst bei Kameraden danach erkundigen.** — Rechtsanw. Müller: Früher haben Sie gesagt, daß Meseberg gesagt habe, der größte Teil der Arbeiterschaft sei bewaffnet. Leute sagen Sie, es könne auch Kilian gesagt haben? — Der Zeuge wird darauf unsicher und weiß nichts zu antworten. — Rechtsanw. Müller: Waren Sie am Demonstrationszug am 12. dabei, als

Studenten und Zivilisten die Artilleriekaserne gestürmt und sich bewaffnet

haben? — Leirich weicht der Frage aus und antwortet: Das waren alles Leute in Uniform. Erst auf Vorhalten fügt er zögernd hinzu: Leute in Zivil waren auch da. Wer die Artilleriekaserne gestürmt hat, weiß ich nicht. — Rechtsanw. Müller: Was war das für ein Demonstrationszug, der am Riebeckplatz endete? — Leirich: Man demonstrierte für die Ebert-Scheidemann-Regierung. — Rechtsanw. Müller: Ist es richtig, daß sich ein großer Teil des Zuges zur Artilleriekaserne bewegte und sich dort bewaffnete? — Leirich (zögernd): Davon weiß ich nichts. — Rechtsanw. Müller: Die jungen Leute waren doch tagelang in der Kaserne; haben Sie das nicht bemerkt? — Leirich (erst nach wiederholtem Fragen): **Da waren welche.** — Rechtsanw. Müller: **Jetzt wissen Sie sogar Einzelheiten, und erst haben Sie von der ganzen Sache nichts gewußt.** — Rechtsanw. Müller: Sie haben nichts von den Leuten in der Kaserne gesehen? — Leirich (sehr zögernd und verlegen): Ja, ich habe sie gesehen. — Rechtsanwalt Müller:

Die Studenten haben drei Tage lang einen bewaffneten Haufen gebildet.

Erst später kam die Genehmigung der Regierung, daß sie im Artillerieregiment bleiben könnten.

Dem Staatsanwalt Saß waren die Fragen des Rechtsanwalts äußerst unangenehm. Er rutschte auf seinem Stuhl erregt hin und her. Er sprang in äußerster Aufregung in die Höhe und fuhr öfters dazwischen. — Staatsanwalt mit scharfer dröhnender Stimme: Von einer Bildung von bewaffneten Haufen kann nicht die Rede sein. — **Kilian:** Wissen Sie etwas von der Versammlung am 11. auf dem Hofe der Artilleriekaserne, als ich dort war und dort bedroht wurde? Zeuge weicht einer klaren Antwort anfangs aus, später sagt er, er wisse nichts davon. Der Vorsitzende springt dem Zeugen helfend zur Seite, als dieser sich um die Antwort herumwinden wollte, mit den Worten: Dann war er eben nicht dabei. — Kilian: Ich habe diese Frage gestellt, um dem Gedächtnis des Zeugen nachzuhelfen. Staatsanw.: Der Zeuge soll sich umsehen und erkundigen, ob er bei seinen Kameraden etwas Näheres über den Tag und die Aeußerungen Kilians erfahren kann. — Rechtsanw. Müller: Haben Sie bei Ihrer ersten Vernehmung den Tag gewußt? — Zeuge: Nein.

Rechtsanw. Herzfeld: Nach dem Gesetz hat sich das Zeugnis auf Tatsachen zu gründen. Ich halte es für rechtlich unzulässig, daß der Zeuge sich bei anderen Leuten erst danach erkundigen soll. — Vors.: Wir haben lediglich verlangt, daß er sich nach weiteren Zeugen umsehen soll; das ist zulässig.

Zeuge Hermann Somagalla: Ich war im S.-Rat vom Dezember bis 24. Februar als Ordonnanz für die Militärkommission. Wer die Abholung von Gewehren oder die Entwaffnung von Regierungssoldaten anordnete, weiß ich nicht. Als Ordonnanz konnte ich zu keiner Sitzung. Ich weiß nur manches vom Hörensagen. Einmal habe ich einen Wagen mit Waffen gesehen. Daß Waffen nach Ammendorf gefahren wurden, habe ich nur gehört. Bei der Beschlagnahmung des Autos durch Ferchlandt war ich dabei. Ich habe vor dem Untersuchungsrichter betont, daß ich alles, was ich angebe, nur durch Erzählen erfahren habe. Vom Verkehr zwischen Kilian und Ferchlandt weiß ich nichts. Auch habe ich nichts gehört, daß Kilian gesagt hätte, die Arbeiter müssen bewaffnet werden. Auch von Ferchlandt habe ich nichts derartiges gehört. — Rechtsanw. Müller: Sie gingen in Matrosenuniform. Ist es richtig, daß Sie einige Tage nach der Plünderung drei bewaffnete Einbrecher verfolgten, festnahmen und den Regierungssoldaten übergaben und daß an dieser Stelle im Schwurgerichtssaal der Vorsitzende der Verhandlung damals gesagt hat, „wenn jeder Hallische Bürger so gehandelt hätte, wie Sie, wäre es nicht zu Plünderungen gekommen?" — Somagalla: Ja.

Darauf wird die Verhandlung auf Donnerstag vertagt.

•

Vierter Verhandlungstag.

Ist das ein Prozeß Kilian?

Die Rosinen sind heute eine Treppe höher postiert. Unter den Zeugen sind Vertreter der Hallischen und der Saale-Zeitung. Auch Weiblichkeit ist vertreten durch das Dienstmädchen des Oberbürgermeisters Rive. Man kann von der heutigen Verhandlung, soweit wir sie mit angehört haben, sagen, daß sie den Prozeß überhaupt nicht gefördert hat. Der Name Kilian wurde in den ersten Stunden so gut wie garnicht genannt. Man fragt sich, wie schon in den letzten Tagen so oft, ob man hier in einem Prozeß Ferchlandt ist. Man hat fast den Eindruck, als ob jetzt schon uns nicht viel Material gegen Ferchlandt gesammelt werden soll, damit wenigstens der eine Sündenbock erledigt werden kann. Anders kann man es auch nicht erklären, daß dauernd versucht wird, die angeblichen Sünden der Sicherheitswehr und der Matrosenkompagnie zu ergründen. Was in aller Welt hat das mit dem Arbeiterrat Kilian zu tun? — Welches Taktgefühl der hier Vorsitzende besitzt, dafür ist die Tatsache Beweis genug, daß auch heute der Vorsitzende die beleidigenden Worte gegen das Volksblatt, die er als Amtsperson gebrauchen hat, nicht zurücknahm, obwohl er eingehend aufgeklärt worden ist.

In der Zeugenvernehmung wird zuerst der Schneidermeister Leirich, der Vater des gestern vernommenen Leirich, ausgefragt. Er soll Näheres bekunden, wie es mit der Verhaftung des jungen Leirich beschaffen war. Er erzählt, wie eine Matrosenabteilung bei ihm nach Waffen haussuchte. Nach der Haussuchung fiel ihm ein, daß er ja noch der Legitimation der Haussuchenden nicht gefragt habe, worauf er dann versuchte, zu erkunden, wer die Matrosen beauftragt hatte. In den nächsten Tagen kamen öfter Leute zu dem Zeugen, die seinen Sohn verhaften wollten. Auf Befragen zeigte ein Matrosenführer eine Legitimation vom A. und S.-Rat vor. Zings fragt der Vors., ob etwa der Name Kilian oder Ferchlandt auf der Legitimationskarte gestanden habe. Das wisse er nicht. — Ach wie schade!

Der Zeuge Friedrich Köhler steht noch in sehr jugendlichem Alter. Er ist 19 Jahre alt und ehemaliger 7er. Später war er abkommandiert zur Militärkommission des S.-Rates und bekundet nun Näheres über das Waffendepot im Wettiner Hof. Die Waffen stammten meistens vom Bahnhof, wo die ankommenden Truppen entwaffnet wurden. Natürlich war damals nicht alles so geordnet, wie es altpreußisch-militaristische Herzen wünschen, und das lag an den Folgen des Zusammenbruches. Diese Kreuz- und Querfragen über diese Waffengeschichten haben aber keinen ersichtlichen Zusammenhang mit dem Prozeß, es sei denn, daß man sich redlich bemüht, die Matrosenkompagnie in möglichst schlechtes Licht zu setzen.

Franz Strahl, ebenfalls ein junger Mensch von 20 Jahren, war als Schreiber und Ordonnanz bei der Waffenkommission. Er wird in derselben Tendenz gegen die Matrosenkompagnie ausgefragt, wie der Zeuge Köhler. Der Zeuge weiß aber nicht viel, und scheint, ohne allzuviel nachzudenken, seinen Dienst gemacht zu haben. Er wird über die Waffensendung nach Ammendorf befragt und über die zwei Herren, die angeblich aus Ammendorf kamen und Waffen gegen die anrückenden Regierungstruppen verlangten. Die verschiedenen Fragen, die an diesen Zeugen gerichtet werden, haben ein negatives Ergebnis. Interessant ist es, daß der Staatsanwalt es bezweifelt, daß in dem bürgerlichen Demonstrationszug im Januar viele Bewaffnete waren. — Kriminalschutzmann Jablonski soll ausfagen, ob sich an den Plünderungen Sicherheitswehrleute beteiligt haben. Einzelfälle kann der Zeuge nicht anführen!

Es folgt die Vernehmung des Kriegsgerichtsrats Wolf. Er sagt aus, daß im Sicherheitsregiment eine außerordentlich schlechte Disziplin geherrscht habe, und stellt überhaupt, wie das bei seinem Beruf selbstverständlich ist, die Sicherheitstruppen in möglichst schlechtem Lichte hin. Nach seiner Meinung habe ein System darin gelegen, die Lebensmittelzüge, die durch die Stadt kamen, zu plündern. Auf Fragen des Rechtsanwalts Müller muß er allerdings zugeben, daß bei den anderen Truppen ebenfalls sehr schlechte Verhältnisse geherrscht hätten. Entrüstet erzählt er, in welchem Zustand er die Kaserne Reilstraße einmal bei einem Besuch angetroffen habe. Man merkt, daß dieser alte Auditeur nicht eine Spur von Verständnis dafür hat, wodurch die Sicherheitstruppe damals bedingt waren. (Es wird von den Postenketten gesprochen, die während der Plünderungstage nur auf gewisse Parole hin Leute zum Plündern durchließen. — Dr. Müller stellt fest, daß das nicht Sicherheitssoldaten gewesen seien. Wieder kommen die üblichen Fragen nach den Matrosen, die an allem beteiligt gewesen sein sollen. Dr. Müller stellt fest, daß von dieser übelberufenen Matrosenkompagnie niemand bestraft worden ist. — Der Kriegsgerichtsrat schweigt. — Dr. Herzfeld fragt, ob eine ziffernmäßige Zusammenstellung über die Beteiligung des Sicherheitsregiments an den Plünderungen existiert. — Der Zeuge erklärt, es seien 57 Fälle gewesen. — Der Name Kilian ist während dieser ganzen Vernehmung nicht gefallen.

Polizeiwachtmeister Spötter macht von seinem Polizistenstandpunkt aus Angaben über die Sicherheitstruppen. Man merkt, mit welcher inneren Genugtuung der Zeuge seine Aussagen macht. Der Vorsitzende fragt, ob „Latscher" bei der Sicherheitstruppe waren. Natürlich! Sogar Zwang gegen ehrliche Leute habe man ausgeübt. Zwei Bayern hätten die Bedingungen der U. S. P. unterschreiben „müssen"! Was das heißen soll, ist nicht recht klar.

Es folgte dann die Verlesung von Aktenstücken aus Plünderungsprozessen.

•

Genosse Kilian ersucht uns durch Herrn Rechtsanwalt Müller um genaue Wiedergabe eines im Prozeßbericht über die Montag-Sitzung ungenau gebrachten Satzes. Er betrifft die Koenen-Soldatenversammlung am 6. Januar (Bericht 2. Spalte). Der Vorsitzende des Gerichts frug Kilian, ob er davon wüßte, daß Koenen in dieser Versammlung „aufreizend" gesprochen hätte. Darauf sagte Kilian, er sei nicht in dieser Versammlung gewesen, aber er habe allgemein gehört, daß Koenens Ausführungen genehm gewesen und sehr beifällig aufgenommen worden seien. Das habe man auch schließen können aus der Tatsache, daß eine vom Aufklärungsausschuß des S.-Rates noch geplant gewesene Versammlung mit dem Rechtssozialisten Pickard zu dem gleichen Thema ausgefallen wäre.

Halle und Saalkreis.

Halle, den 13. November 1919.

Beschaffungsbeihilfen nur den städtischen Beamten?

Seit Wochen und Monaten bemühen sich die städtischen Arbeiter, Angestellten und Beamten, eine einmalige Beschaffungsbeihilfe zu erlangen. Der Magistrat hat nun dem Haushaltsausschuß der Stadtverordnetenversammlung eine diesbezügliche Vorlage zugehen lassen, nach der den Magistratsbeamten, Lehrpersonen, aber ausschließlich Volksschullehrpersonen, auf Privatdienstvertrag ständig Angestellten, sofern sie mindestens seit 1. Mai 1919 in städtischen Dienst stehen, nicht rein mechanische Dienste leisten und ihre Dienstbezüge nicht durch Tarifverträge geregelt sind, ferner den im Ruhestande lebenden Personen sowie ihren Hinterbliebenen eine Beihilfe von 1000 Mk., jedes Kind 200 Mk. und Ledige 600 Mk. gewährt werden soll. Die städtischen Arbeiter sind also vollständig ausgeschlossen.

Ferner heißt es in der Vorlage, zur Aufbringung dieser Mittel werden die Zuschläge zu den direkten Gemeindesteuern für das Rechnungsjahr 1919 nachträglich erhöht, und zwar bei der Gemeindeeinkommensteuer um 40 Prozent, von 328 auf 362, bei der Gewerbesteuer um 32 Prozent, der sich aus der besonderen Steuerordnung der Stadt Halle ergebenden Steuersätze auf 282 Prozent um 36 Prozent der staatlich veranlagten Steuersätze auf 316 Prozent, bei der Grund- und Gebäudesteuer um 36 Prozent der staatsseitig veranlagten Steuersätze auf 316 Prozent bzw. um 1,1 Prozent des Nutzungswertes auf 9,7 Prozent, d. h. um rund ein Achtel der im Haushaltsplan für 1919 festgesetzten Steuerzuschläge. Zur Begründung führt der Magistrat an: Das Vorgehen von Reich und Staat rechtfertigt die getroffene Regelung, da die wirtschaftliche Lage der städtischen Beamten und Angestellten nicht besser ist, als die der Reichs- und Staatsbeamten. Gegenüber den städtischen Arbeitern und Bureauhilfsarbeitern (Kriegsaushilfen) sind die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer durch Tarifverträge, die erst vor einigen Monaten abgeschlossen wurden, erschöpfend geregelt. Die Kosten betragen rund 2 Millionen Mark. Es entfallen auf die einzelnen Gruppen 1 610 000 Mk., 300 000 Mk., 90 000 Mk.

Heute abend kommt die Angelegenheit im Haushaltsausschuß zur Beratung. Es wird sich dann zeigen, ob der Magistrat seine Begründung, daß alle diejenigen nichts haben sollen, mit denen Tarifverträge abgeschlossen sind, aufrechterhalten kann. Denn wird sind der Meinung, daß die Teuerungsverhältnisse nicht nur für die Beamten, sondern auch für die Arbeiter ungünstige Begleiterscheinungen im Wirtschaftsleben mit sich gebracht haben.

Der Ausschuß für öffentliches Verkehrswesen beschäftigte sich in seiner gestrigen Sitzung mit dem Bau der Südlinie des Mittellandkanals. Bekanntlich führt eine Linie des Mittellandkanals von Hannover—Braunschweig über Lehrte-Fallersleben nach der Elbe, während die Südlinie ihren Weg von Braunschweig über Halberstadt, Bernburg und Halle nimmt. Die erstere Linie führt durch ein industrieleeres Gebiet, bietet aber trotzdem Berlin sowohl wie Magdeburg günstigere Verkehrsaussichten, während die Südlinie durch ein industriereiches Gebiet führt und ganz besonders der Stadt Halle sehr vorteilhafte Verkehrserleichterungen bietet. Die Verkehrsadern vom Harz und Thüringen sowohl auch Teile des Freistaates Sachsen, würden hier dem Kanal zufließen. Die Aussprache und Beratung diente vor allen Dingen dem Zwecke, daß die städtischen Behörden, Stadtverordnetenversammlung und Magistrat, bei den in Betracht kommenden parlamentarischen Körperschaften, Landesversammlung oder Nationalversammlung sich dafür verwenden sollen, daß die Südlinie zur Ausführung kommt. Eine dementsprechende Resolution soll in einer der nächsten Stadtverordnetenversammlungen zur Annahme gelangen.

Als zweiter Punkt wurde ein Gesuch der Kolonie Rosengarten um Verlängerung der Straßenbahnlinie 4 behandelt. Es wurde beschlossen, dieses Gesuch dem Magistrat zur tunlichsten Berücksichtigung zu überweisen. Es wurde geltend gemacht, daß zwar die Entfernung von der Artilleriekaserne bis zum Rosengarten wohl noch keine 1½ Kilometer betrage, daß aber trotzdem vier weitere Wagen eingestellt werden müßten. Dies dürfte jedoch gegenwärtig nicht angebracht sein, weil ein großer Teil der Wagen reparaturbedürftig wäre und infolgedessen aus dem Verkehr genommen werden müßte. Andererseits käme in Betracht, daß in nächster Zeit 20 neue Anhängewagen ankämen und in Benutzung genommen würden. Weitere 20 neue Motorwagen kämen jedoch erst nächstes Frühjahr zur Einstellung, dann dürfte der Zeitpunkt vielleicht gegeben sein, daß die Linie 4 bis zum Rosengarten verlängert werden könnte. Vorausgesetzt, daß es nicht notwendiger wäre, die Linie nach dem Gertraudenfriedhofe neu zu bauen, deren dringende Herstellung nicht weiter aufgeschoben werden könnte. Wegen der Linie nach dem Rosengarten ist noch zu bemerken, daß Ober- und Unterbau nicht nötig sind, da vertragsgemäß die Linie der Allgemeinen Elektrizitätsgesellschaft benutzt werden darf, so daß weitere Kosten nicht entstehen dürften.

• **An die Beschäftigten in der Textil- und Lederindustrie.** Wir verweisen nochmals auf die am Freitag, den 14. November, abends 7 Uhr, im Volkspark (Restaurationssaal) stattfindende Versammlung der Beschäftigten in der Textilindustrie hin. Alle Arbeiterinnen, Arbeiter und Angestellte, besonders die Verkäuferinnen der Wäschefabrikation, Bekleidungsgewerbe, Spinnereien, Webereien und Seilereien, werden ersucht, unbedingt in der Versammlung zu erscheinen. — Für die Beschäftigten in der Lederindustrie, der Gerbereien, Schuhfabrikation, Gummi-, Kautschuk- und Guttapercha-Branche, Sattlereien und Riemereien und der Industrie lederartiger Stoffe tagt die Versammlung ebenfalls Freitag, den 14. November abends 7 Uhr, im Volkspark (Turnhalle). Verschafft euch Aufklärung! Erscheint alle!

Der Vollzugsrat Halle.

• **Herabsetzung der Kartoffelration, dafür — Erhöhung der Preise.** Wie uns aus zuverlässiger Quelle mitgeteilt wird, gestaltet sich die Zufuhr der Kartoffeln immer schwieriger, so daß nur noch für 14 Tage Vorrat vorhanden ist. Infolgedessen sollen für die nächsten Wochen pro Kopf nur 3 Pfund Kartoffeln ausgegeben und der Preis auf 20 Pfennig erhöht werden. Auch Magdeburg hat bereits die Kartoffelpreise auf 20 Pfennig geschraubt. — Wegen des vorhandenen Specks, der bei den Kaufleuten und Fleischern noch lagert, ist zu bemerken, daß derselbe noch im freien Handel verkauft werden kann. Kommt nachher die Rationierung, so wird wohl wieder Schmalzhans Küchenmeister sein, zumal der Winter immer drohendere Gebärden annimmt.

• **Kein Ersatz für verlorengegangene Kartoffelkarten.** Es häufen sich in letzter Zeit wieder Anträge auf Ersatz angeblich verlorener Kartoffelkarten. Die bestehende Kartoffelnot nötigt den Magistrat, den Grundsatz, daß verlorene Kartoffelkarten nicht ersetzt werden, mit aller Strenge durchzuführen. Es muß vermieden werden, daß einzelne größere als die ihnen zustehenden Mengen beziehen. Wer in Zukunft Kartoffelkarten verliert, hat sich die Nachteile selbst zuzuschreiben.

• **Deutschamerikanische Liebesgabe.** Eine große Freude wurde zehn diesigen, bedürftigen, kinderreichen Familien von im Kriege gefallenen Halleniern zuteil. Der Skjalpvogelklub von St. Paul, Minne, (Nordamerika), der sich zur Aufgabe gestellt hat, die Lebensmittelnot in den großen Städten der alten Heimat lindern zu helfen, übersandte der städtischen Kriegshinterbliebenen-Fürsorge eine Kiste mit Lebensmitteln, bestehend aus Speck, Schmalz, Schinken und Schlachtwurst, die zu gleichen Teilen an bedürftige Familien verteilt worden sind. Nach unseren Feststellungen enthielt die Kiste der amerikanischen Spaßmacher 70 Pfund Lebensmittel, die in einwandfreier Weise zur Verteilung gelangten. Bedeutet diese Sendung auch nichts anderes als einen einzigen Tropfen auf den heißen Stein des Massenelends, so soll doch hierdurch anerkannt werden, daß unsere Landsleute jenseits des Kanals gezeigt haben, daß sie der schwergeprüften Heimat doch noch gedenken.

• **Die Steuerschraube ohne Ende.** Nach Artikel 8 des Gesetzes vom 15. Oktober 1919 zur Ergänzung des Gesetzes, betreffend die vorläufige Regelung des Staatshaushaltes für das Rechnungsjahr 1919, vom 1. April und 4. Juni 1919 tritt zu den gemäß § 5 des vorerwähnten Gesetzes vom 1. April 1919 zu erhebenden Zuschlägen zur Ergänzungssteuer vom 1. Oktober 1919 bis 31. März 1920 ein Aufschlag von 100 Prozent. Die Steuerzuschläge werden vom Staatssteuereamt hiervon mit dem Bemerken in Kenntnis gesetzt, daß die Erhebung des Aufschlages gleichzeitig mit der Erhebung der veranlagten Einkommen- und Ergänzungssteuerbeträge erfolgen wird.

• **Vom Zentralverband der Angestellten** wird uns geschrieben: „Durch die Presse geht eine Notiz des Deutschnationalen Handlungsgehilfenverbandes, in der die Behauptung aufgestellt wird, der Zentralverband sei kommunistisch. Diese Behauptung ist unrichtig. Der Zentralverband der Angestellten ist parteipolitisch völlig neutral und hat infolgedessen Angehörige aller politischen Parteien in seinen Reihen. Es wird in der Notiz weiter behauptet, daß der Redakteur Lange der Handlungsgehilfen-Zeitung in der Kommunistischen Räte-Korrespondenz einen gefährlichen Plan zur Zersplitterung der Gewerkschaften veröffentlicht hat. Der Redakteur Lange steht diesem Artikel völlig fern."

• **Stadttheater.** Heute, Donnerstag gelangt das Singspiel Das Dorf ohne Glocke, zur Aufführung. Freitag Carmen. Infolge Erkrankung von Karl Tenschert, muß die für Sonnabend angekündigte Don Carlos-Aufführung verlegt werden, dafür wird Lortzings Oper Zar und Zimmermann gegeben. Die bereits gelösten Karten werden an der Kasse zurückgenommen oder gegen Nachzahlung der Differenz zwischen Schauspiel- und Opernpreisen für die Vorstellung Zar und Zimmermann umgetauscht. Sonntagnachmittag Volksvorstellung Kinmelblättchen. Sonntagabend Tosca. Montag Hannerl.

Im Thalia-Theater gelangt am Sonntag, den 16. d. Mts., abends 7½ Uhr, der Schwank Der Raub der Sabinerinnen von Franz und Paul von Schönthan zur Aufführung.

• **Die Schiller-Feier im Volkspark.** An der Schiller-Feier des Stadttheaters im Volkspark am Sonntag, den 16. d. Mts., vormittags, werden außer dem Vortragenden, Dr. Edgar Groß, mitwirken: Henriette Böhmer und Josef Krabe.

• **Joe Bukowsky's Künstler-Marionettentheater.** Auf vielfachen Wunsch tritt heute eine Aenderung des Spielplans ein. Nachmittags gelangt Der Froschprinz, abends Der Teufel und das alte Weib und Gnulkaus zur Aufführung. Karten bei Hothan.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219191113-14/fragment/page=0007

Aus der Provinz.

Wer schützt den Verbraucher?

Treibt vernünftige Wirtschaft oder wir gehen zugrunde! So hört man uns täglich, und man sagt es mit Recht. Es wird aber auch hohe Zeit, sich über den Begriff „vernünftige Wirtschaft" klar zu werden. Die Gesamtwirtschaft soll doch wohl dem Zweck dienen, dem letzten Verbraucher seinen Bedarf an Gütern auf die beste Art zu überliefern. In welch geradezu verrückter Weise dieser Sel- und Grundsatz aller vernunftgemäßen Wirtschaft mißachtet wird, geistet täglich die Verkennung und Geringschätzung ihrer volkswirtschaftlichen Bedeutung, unter der die berufenen Vertretungen der Verbraucher, die Konsumgenossenschaften, heute so schlimm wie nur jemals zu leiden haben.

Was wird nicht heute alles als Wahrnehmer der Verbraucherinteressen bedenkenlos hingenommen. Besonders sollen die Gemeinden als Sachwalterinnen der Verbrauchergelegenheiten berufen sein. Daß sie sich zu Dutzenden und zu Hunderten während des Krieges und bis auf den heutigen Tag als ganz untauglichen Hüter dieser Interessen erwiesen, daß sie die letzten Verbraucher vielfach unter Mißachtung gesetzlicher Bestimmungen rücksichtslos geschröpft, daß sie um des Händlerprofits willen immer wieder die Verbraucherorganisationen auf das schwerste benachteiligt, zurückgesetzt, zu ausgeschaltet, und dadurch die Verbraucher doppelt geschädigt haben, scheint man ganz vergessen zu haben. Wir verkennen natürlich nicht die große Bedeutung, die eine nach sozialen Rücksichten geleitete Kommune für den Verbraucher hat.

Man errichtet von Reichs wegen den Reichswirtschaftsrat und will den „letzten" Verbraucher schützen. Aber man nennt die Konsumvereine nur so nebenher und zuallerletzt bei der Aufzählung jener Stellen, die zum Schutze der Verbraucher berufen sein könnten. Da haben die Konsumvereine um ihre gerechte Belieferung und um die Einschaltung ihrer Großeinkaufsgesellschaft in die Warenverteilung gekämpft. Die Konsumvereine haben bewiesen, daß die Behauptung, ihre Organisationen paßten nicht in das „System" der Zwangswirtschaft, nichts weiter sei als faule Ausrede mittelstandsfreundlicher Bureaukraten. Aber noch heute geht der Kampf um ihre Durchsetzung weiter; mühselig muß Stück um Stück den widerstrebenden Verächtern der Verbraucherinteressen entrissen werden; noch immer harrt die Großeinkaufsgesellschaft der restlosen Zuweisung derjenigen Vollmachten, die kein anderer europäischer Kulturstaat während, wie nach dem Kriege solchen gemeinnützigen Organisationen vorzuenthalten gewagt hat!

Aber woran liegt das? Unstreitig einzig und allein am Verbraucher selbst, der den festen Willen nicht aufbringt, sich nicht selbst zu schützen, indem er sich in seiner Konsumgenossenschaft organisiert.

Herzberg. Wo steht der Feind? Allwöchentlich wird vom hiesigen Kreisverein der Deutschnationalen, also der Konservativen, ein Flugblatt im Kreise verbreitet, das an Verbrennung des Unglaublichste leistet. „Mit Gott für Kaiser und Reich", das war der Sammel- und Kampfruf der letzten Nummer, mit welchem der Kreisvereinsvorsitzende Kreisarzt Dr. Geißler aus Herzberg, das Reich stürzen will und die Zeit der „Zucht und Ordnung" wieder herstellen will. Also die Diktatur der erhabenen Minderheit. Daß diese Herrschaften so unverblümt ihre Machtgelüste durch Kampfansage der republikanischen Staatsform, und Herbeiführung der Monarchie ungehindert treiben können, ist ja bei der Kampfmethode der Reaktionäre kein Wunder. Bei denen sind ja nur Spartakisten und Unabhängige als sehr gefährlich zu bekämpfen, weil diese eine revolutionäre Regierung einrichten wollen. Ein Beweis ist uns die Bildung der Einwohnerwehren. Nach einem Erlaß Noskes dürfen beiselbe keine Unabhängige oder gar Spartakisten in den Einwohnerwehren aufnehmen werden. Aber die reaktionärsten, konservativen Gutsbesitzer und ihr Gesolge, die barf man schon in die Einwohnerwehren aufnehmen und ihnen Waffen aushändigen (je mehr je besser), denn diese verteidigen ja gegebenenfalls, mit Gott für Kaiser und Reich die — republikanische Staatsform. Daß sich die konservativen Verwaltungsspitzen des Kreises der republikanischen Regierung zur Verfügung gestellt haben, um diesen ihre „treuen" Dienste zu widmen, andernfalls aber als Angehörige der konservativen Partei für die Beseitigung der republikanischen Staatsform und Herbeiführung der Monarchie eintreten, ist ja bei den mit Blindheit geschlagenen sozialistischen Regierungsmännern kein Wunder. Nur den von konservativen Gutsbesitzern geleiteten Einwohnerwehren recht viele Mordwaffen geben und diese werden schon, wie es im Erlaß verlangt wird, der vom Volke gewählten Regierung ihre treuen Dienste widmen, und die öffentliche Ordnung nötigenfalls mit Waffengewalt verteidigen." Aber mit „Hurra, Mit Gott für Kaiser und Reich".

Torgau. Ein Arbeitersekretariat hat sich die hiesige organisierte Arbeiterschaft geschaffen. Am letzten Dienstag das Bureau eröffnet worden. Nach der Ablösung des Arbeiterrats durch die Stadtverordneten war es den bisher in dieser Revolutionserrungenschaft tätigen Genossen unmöglich gemacht, ihre fruchtbringende Tätigkeit fortsetzen zu können. Die große Anzahl der an die führenden Genossen herantretenden Auskunftsuchenden veranlaßte deshalb das Gewerkschaftskartell zur Frage der Errichtung eines Arbeitersekretariats Stellung zu nehmen. Fast einstimmig waren sämtliche Gewerkschaften für eine derartige Einrichtung. Die Frage der Finanzierung wurde durch bereitwillige Opferwilligkeit für die Sache sichergestellt. Der Posten des Sekretärs wurde dem Genossen Hanke übertragen. An der Torgauer organisierten Arbeiterschaft liegt es nun, dafür einzutreten, daß die neugeschaffene Einrichtung lebensfähig erhalten bleibt, und dieses ist umsomehr möglich, wenn jeder einzelne sich dahingehend betätigt, daß er mithilft, immer neue, am Orte noch nicht bestehende Berufsorganisationen zu gründen. Ist doch noch dieser Richtung hin noch ein umfangreiches Tätigkeitsgebiet vorhanden. Geschieht dieses, so kann die Torgauer Arbeiterschaft und ihr Arbeitersekretariat getrost der Zukunft entgegenblicken.

— Der Gedenktag der Revolution verlief, wie nicht anders zu erwarten, vollständig ruhig. In der am Vormittag nach dem Schützenhaus einberufenen Demonstrationsversammlung war der Besuch leider nur ein mäßiger. Etwa 400 Personen hatten sich eingefunden. Das Referat hatte Genosse Hempel übernommen, der die Tätigkeit der Revolutionsverweigerer Ebert-Scheidemann usw. einer scharfen Kritik unterzog. Der Redner verlangte die Einführung des Rätesystems und sprach für die Diktatur des Proletariats. Er schloß mit dem kräftigen Appell: Deutsches Volk mach' dich frei! Der geplante Umzug mußte ausfallen, da infolge der in vielen Orten stattgefundenen Krawes die Musik nicht zu haben war. Nicht kritisieren kann aber über den schwachen Versammlungsbesuch gegangen werden. Ist es doch ein überaus trauriges Ergebnis, daß selbst die Hälfte der Parteimitglieder ferngeblieben war. Parteigenossen! Habt ihr euch vielleicht durch die militärischen Vorbereitungen zur Niederdrückung eventueller Unruhen fernhalten lassen? Wenn ja, so ist das traurig. Für alle wißt, daß sich bis zum heutigen Tage die Arbeiterschaft nicht hat provozieren lassen. Nichts darf für die Folge, am allerwenigsten jetzt die stahlbehelmten, mit Handgranaten, Revolver und Gewehr bewaffneten Noskesünglinge einen klassenbewußten Arbeiter abhalten, zu unseren Veranstaltungen zu gehen. Auf diese Weise, wie am 9. November 1919, dürft ihr niemals hoffen, das zu erreichen, was durch das Aktionsprogramm der U. S. P. verlangt wird.

Blumberg. Gemeindeversammlung am Revolutionstage. Der hiesige Sozialdemokratische Verein hatte zum 9. November zu einer Revolutionsfeier und gleichzeitigen Protest gegen die Reaktion in der Gemeinde eine öffentliche Gemeindeversammlung einberufen. Genosse Stadtrat Becker aus Torgau gab in seiner Rede einen kurzen geschichtlichen Rückblick über den Verlauf der verschiedenen Revolutionen und stellte durch Vergleichungen an der Hand von Tatsachen fest, daß die damalige Gesellschaft an den Männern der Revolution von 1848 die gleichen Verbrechen begangen habe wie die jetzige an denen, welche danach strebten, die Revolution vom 9. November vorwärts zu treiben. Der Redner feierte unsere Großen, welche den Märtyrertod erleiden mußten, indem er die Lebenden aufforderte, ihrer ehrend zu gedenken und in ihrem Sinne zu wirken. Von den Segnungen, die uns die Revolution nicht gebracht hat, hob er besonders die Schule heraus. Keine Einheitsschule, keine weltliche Schule. Die sich anschließende Protestversammlung befaßte sich zunächst mit der Verzögerung der Bestätigung des neugewählten Gemeindevorstehers. Es findet hier eine Verschleppung statt, wie anzunehmen, weil der Betreffende Lehrer ist. Einstimmig wurde folgende Entschließung gefaßt: „Die vom Sozialdemokratischen Verein Blumberg zum heutigen Tage einberufene Gemeindeversammlung hört mit Verwunderung, daß der bereits vor neun Wochen gewählte Gemeindevorsteher bis heute noch nicht bestätigt ist. Sie bedauert dies im Interesse der Gemeinde, da dadurch wichtige Angelegenheiten nicht erledigt werden können, und bittet hiermit den Herrn Landrat um möglichste Beschleunigung der Bestätigung des neugewählten Gemeindevorstehers. Die Gemeinde hält nicht damit zurück, daß sie im Falle der weiteren Verzögerung zur Selbsthilfe greifen müßte und in den Steuerstreik treten würde." Ein weiterer Punkt befaßte sich mit der ungenügenden Versorgung mit Butter. Von zirka 65 nicht der Molkerei angeschlossenen Kühen wurden in der letzten Woche nur 12 Pfund Butter abgeliefert. Wie unter solchen Umständen der Schleichhandel blüht, davon kann sich jeder selbst ein Bild machen! Da der bisherige Bauernrat und die Gemeindebehörde in der Bekämpfung des Schleichhandels vollständig versagt haben, wurde ein Arbeiterrat gewählt, bestehend aus vier Mitgliedern.

Passendorf. Revolutionsfeier. Die Feier wurde eingeleitet durch das Lied: Empor zum Licht, gesungen vom Gesangverein der Arbeiter-Liedertafel Passendorf. Danach gedachte der Dirigent Kröller, Gen. Nerre, des so meuchlings hingemordeten Gen. Haase und man erhob sich ihm zu Ehren von den Plätzen. Hierauf gab Gen. Scheibner aus Mücheln, der Referent des Abends, in seiner ausführlichen Rede einen Ueberblick über Entstehung und Endresultat der Revolution, wobei er scharf mit den Mehrheitssozialisten abrechnete, die nicht unsere Freunde, sondern Verräter des Proletariats sind. Ferner wies Redner darauf hin, daß bei der neuen Verfassung unserer Gesetzesbestimmungen das Erfurter Parteiprogramm gänzlich unberücksichtigt geblieben ist. Mit einem kräftigen Appell wandte sich der Referent an die Versammlung und forderte sie auf, nur im Sinne der U. S. P. zu wirken und für das System des Betriebs- und Arbeiterrats einzutreten, damit das Proletariat auch die wirtschaftliche Macht erringe, ohne die die politische Macht nur schwer zu erlangen ist. Deshalb sei es Pflicht jedes Genossen, sich und entschlossen in den Kampf der Gegenrevolution einzutreten. Auch die Kämpfe der Metallarbeiter erwähnte der Redner und forderte die Anwesenden auf, diesen harten Kampf durch Geldspenden zu unterstützen. Ein Gesangsvortrag beschloß die Versammlung.

Halle und Saalkreis.

Halle, den 13. November 1919

Wer erholt sich in der Schweiz?

Wir haben schon einmal Veranlassung nehmen müssen, darauf hinzuweisen, daß zur Begleitung des ersten nach Norwegen gehenden Transports erholungsbedürftiger Hallischer Kinder ausgerechnet die Tochter eines hiesigen in der Stadtpolitik an hervorragender Stelle stehenden Herrn ausersehen wurde, obwohl zahlreichen anderen, weniger zugenährten Hallischen Lehrerinnen die Fahrt viel eher zu gönnen gewesen wäre. Unsere Kritik hat nichts gefruchtet, vielmehr scheint das seinerzeit beliebte Verfahren inzwischen noch weiter „ausgebaut" worden zu sein, wenigstens geht das aus aufsehenerregenden Mitteilungen hervor, die Herr Dr. Elkan in einer Kriegsbeschädigtenversammlung machte. Er gab den Versammlungsteilnehmern Kenntnis von einer Aeußerung des Geheimrats Dr. Abderhalden, die nach dessen eigenem Wunsch für die große Oeffentlichkeit bestimmt sein soll. Herr Dr. Abderhalden erwähnte bei einer Besprechung wegen der Beteiligung von Kriegerwaisen oder der Kinder von bedürftigen Kriegshinterbliebenen oder Kriegsbeschädigten bei der Unterbringung tuberkulöser oder erholungsbedürftiger Kinder in der Schweiz, Dänemark oder Holland, daß sich selbst die Schweiz durch ihre Gesandtschaft darüber aufgehalten habe, daß bei den jedesmaligen Transporten der Kinder viel zu viel unnötige Begleitpersonen aus den besseren Kreisen der deutschen Bevölkerung mitgeschickt würden. „Es wäre geradezu unglaublich, wie sehr mit den Mitteln der National-Stiftung für die Hinterbliebenen der im Kriege Gefallenen in dieser Beziehung gewüstet würde. Nur den lediglich für die Kriegsopfer auch von den ärmeren Schichten der Bevölkerung zusammengesparten Geldern machten sich sozusagen viele Haustöchter von Kommerzienräten (!) und Stadträten (!) usw. auf diese Weise eine gute Sommerfrische in der Schweiz. Ja, sogar hätte er Unterlagen, daß diese Dämchen selbst im Winter auf Kosten dieser National-Stiftung in der Schweiz bleiben wollten, um „die Unterbringungsmöglichkeit der Kinder in der Schweiz für die nächste Zeit studieren" zu können, in Wahrheit aber, um in der Schweiz Wintersport treiben zu können. Die Versammlung gab dem Vorstand die Ermächtigung, diese Zustände der breiten Oeffentlichkeit zur eigenen Beurteilung preiszugeben."

Um die Wirkung dieser Mitteilungen nicht zu beeinträchtigen, enthalten wir uns jeder Kritik und überlassen es gleichfalls unseren Lesern, sich ihr Urteilsvermögen zu bilden über die wahren Motive bürgerlicher Liebestätigkeit.

---

* **Landarbeiterverband.** Das Verbandsbureau befindet sich jetzt im Gewerkschaftshaus (Karl 42/44), Zimmer 27, zwei Treppen. Fernsprecher 5607. Sprechstunden und Auskunftserteilung vormittags von 9—1 Uhr. In dieser Zeit werden auch Ferngespräche angenommen, da nachmittags und abends meistens außerhalb

---

Beesen. Mit der Flinte in der Hand den Tod gefunden hat der Pächter des Stadtgutes Beesen. Man fand ihn morgens mit dem geladenen Gewehr in der Hand, aber sonst unverletzt, vor einer Stallür liegen. Der Tod scheint demnach durch Herzschlag eingetreten zu sein. Wie behauptet wird, sollen Diebe einen Einbruch in den Stall versucht haben.

Bettin. Erklärung, [illegible] nmer 262 des Volksblattes ist von einem unbenannten Einsender aus Eisleben die Behauptung aufgestellt worden, die Bettiner Korbmacher (welche sämtlich dem Deutschen Holzarbeiter-Verbande angehören) lieferten Streikarbeit nach Eisleben und fielen den kämpfenden Kollegen in den Rücken. Wir stellen hiermit fest, daß die Veröffentlichung erfolgt ist, ohne vorher eine sachliche Nachprüfung zu ermöglichen. Wir haben uns sofort an die dortigen Kollegen, aber auch an die Unternehmer gewandt und verlangt, solange der Streik der Eislebener Korbmacher dauert, unter keinen Umständen Arbeiten nach dort zu liefern. Dabei mußten wir die Wahrnehmung machen, daß die ganze Behauptung in sich zusammenbricht, die Lieferung von zwei kleinen Meistern erfolgt ist, die Leute überhaupt nicht beschäftigen, wo wir also irgend welchen Einfluß nicht haben.

Deutscher Holzarbeiter-Verband (Verwaltungsstelle Halle).

DAMENPUTZ.
Neben der grossen Auswahl in preiswerten Hüten unterhalte ich ein reichsortiertes Lager in Unterformen und übernehme das Umpressen getragener Hüte für Damen, Herren und Kinder.

Hedwig Erdmann, v rm.
EMMA ZINCKE,
am Markt, Ecke Gross Klausstrasse. 5954

PELZWAREN-
Reparaturen, Umarbeiten und Neuanfertigungen. Gelieferte Felle und Zutaten werden bereitwilligst verwendet. Rücklieferung in saubersten Ausführung schnellstens. Mässige Preise.

Alleiniger Hersteller: Carl Gentner, Göppingen (Württbg.) *3619
Vertreter: Eberwien & Co., Halle (S.), Talamtstraße 2.

Empfehl. z. Anschaffung:
Die Schuld am Weltkriege von Fürst Lichnowsky. Pr. 80 Pf., Porto 10 Pf.
Schuld und Sühne von Kurt Eisner. Preis 1,— Mk., Porto 10 Pf.
Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg von Dr. Max Adler Pr. 60 Pf., Porto 5 Pf.
Die Sozialistische Volkswehr m. Vorw. v. E. Däumig. Pr. 50 Pf., Porto 10 Pf.
Zu beziehen durch die Volksbuchhandlung Halle (S.) :: Harz 42/44.

Karbid
für Beleuchtungszwecke, auch in großem Quantum abzugeben. 5955
Karbid-Wurmstich, Merseburger Str. 163.

1 Paar Militär-Schnürstiefel, Gr. 45, zu verk. 5947 Diendorfer Str. 7, III. l.

Arbeiter-(Monteur) Anzüge in blau Leinen, billig. *3626
Mechan. Weberei „PEHA," Schneeberg i. Erzgb.

Makulatur verkauft Verlag des Volksblattes.

Pelz-Waren.
Kinder-Kleider u. -Paletots, Damen-Mäntel u. -Paletots, 5951
Blusen, Kostümröcke, Strümpfe, Schürzen, Inlets, Gardinen, Kleiderstoffe, Hemdentuche.
Komplette Betten mit Ueberzügen, auch auf Teilzahlung.
Friedrich Gronau, Barfüsserstrasse 16.

Tischlampen für Elektrisch billigst.
G. Brose, Gr. Sandberg 8. *3634

Ansichts-Karten ernsten u. heiteren Inhalts Volksbuchhandlung. Halle a. d. S., Harz 42/44.

Fellsammler und Fleischermeister erhalt. Borzugspreise. Gebr. Danglowitz, Fischervian 2. 5675

Achtung! Hausschlachten nimmt wieder an Hermann Dähne, Amsendorf, Hindenburgstraße 54 III.

Empfehle mich höfl. f. alle Buchbinder-Arbeiten Max Morgner, Halle, Papierhandlg. u. Buchbinderei Trittstraße 20. Teleph. 5656. 4697

Arbeitsmarkt
Geschirrführer gesucht. *3652 Abfuhrgeschäft, Kellstr. 103

Reisedamen zum Besuche von Hausfrauen in Halle und Umgegend Sachen gegen hohe Provision sofort gesucht. *3618
Einarbeitung erfolgt durch prompte Kraft Meldung erbittet
Franz Schmidt, Schmeerstr. 17/18 1

Klavier-, Violin-, Mandolin- u. Gitarre-Unterricht erteilt 4698 Wally May, Torstr. 10.

Haben Sie freie Zeit? So verdienen Sie a. Hause. Musik. kostenlos. Schließfach 14, Charlottenbg. 4 *3622

Schul-Artikel
vorrätig in der
Volks-Buchhandlung, Halle, Harz 42/44.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-170675262191911 13-14/fragment/page=0008